

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kollekte Zeitung des Bezirks

Wozugpreis: Für einen Monat 2.20 RM.
mit Zutrügen, einzelne Nummern 15 Reichspennige
:: Gemeinde-Verbands-Girokonto
Nr. 8. :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde
Nr. 403 :: Postcheckkonto Dresden 12 548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 41 Millimeter breite
Zeile 70 Reichspennige. Eingeladene
Reklamen 80 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 163

Mittwoch, am 16 Juli 1930

96. Jahrgang

Die Verfestigung der diesjährigen Kernobstnahrungen an den Staatsstraßen der Amtshauptmannschaft Dresden I, Dresden II, Tharandt und Radeberg wird

Sonnabend, am 19. Juli 1930, vormittags 9 Uhr,
in Viehigs Bierstuben, Dresden-N., Schlegelgasse 2,
die der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und Weisung
Dienstag, am 29. Juli 1930, vormittags 11.30 Uhr,
im Bahnhofs-Hotel Dippoldiswalde

abgehalten.
Bedingungen und Streckeneinteilung sind im ausföhrlichen
Bauplan und in den Amtshauptmannschaftsbezirken zu erfragen und
werden außerdem im Termin bekanntgegeben.

Straßen- und Wasser-Bauplan Dresden.
An der Frauenkirche 12, III.

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Paul Donath, Oberturnwart des
ATV Dippoldiswalde, beteiligte sich beim Landesturnfest
am Dreikampf der Weiteren und ging als Sieger hervor.

Nach Mitteilung von zuständiger Seite ist eine be-
sondere vorüberige Genehmigung zur Mitnahme von Photo-
Apparaten nach der Tschechoslowakischen Republik nicht er-
forderlich. Photographische Apparate sind im Reiseverkehr
nach der Tschecho-Slowakei zollfrei, falls sie ausschließlich
zum persönlichen Gebrauche des Reisenden dienen. Es ist
jedoch angebracht, photographische Apparate, Ferngläser und
andere Reiseutensilien beim nächsten tschechoslowakischen
Grenzpostamt oder beim Zollbeamten im Zuge vorzulegen.

Wie die Reichsbahnleitung Dresden mitteilt, war
der bisherige Ferienreiseverkehr stark, aber etwas schwächer
im Vergleich zum Vorjahr. Er hat sich durchweg reibungs-
los abgewickelt. Die Ferienföhrzüge wiesen eine große
Besetzung auf. Neben diesen wurden in Dresden-Haupt-
bahnhof 47 abföhrende und 32 ankommende, in Dresden-
Neustadt 45 abföhrende und 37 ankommende, in Leipzig 42
abföhrende und 43 ankommende, in Chemnitz 6 abföhrende
und 5 ankommende Entlastungszüge abgeföhrte.

Beerwalde. (Mordverfuch?) Furchbare Gerüchte von
der Anschlagung zu einem Mord gingen am Dienstag
durch unseren Ort und seine Umgebung. Der Ortsbesitzer
Edwin Birker sollte Personen gedungen haben, seine
Frau zu ermorden. Soweit bis jetzt zu erfahren war, soll
er angeblich den Händler Max Mühle in Ruppendorf vor
längerer Zeit schon bestimmt haben, die Tat auszuführen
und ihm dazu einen roh skizzierten Lageplan und einen
Käbberfrick übergeben haben. M. kam aber aus irgend-
welchen Gründen nicht dazu. Zum Klappen kam die Sache
dadurch, daß ein Drifter, ein Gastwirt aus dem Elbtale, von
Mühle beauftragt wurde, zu Birker zu gehen und die
Sache weiter zu behandeln. Als dieser nun mit B. sprach,
kam Frau Birker ins Zimmer und erkundigte sich, was
es gäbe. Darauf ergriff Birker die Flucht, der Drifter
aber gab sich, als Frau B. in ihn drang, als Kriminal-
beamter aus und meinte, sie könne von Glück reden, daß
er gekommen sei, sonst seien ihre Tage gezählt gewesen.
Mühle wurde noch gestern abend in Dippoldiswalde, wo er
zu einer Vernehmung war, verhaftet, der flüchtige Birker,
von dem man erst annahm, er habe den Tod in der Klingenberg-
Talsperre gesucht, wurde heute morgen beobachtet,
als er durch Ruppendorf fuhr, von zuständigen Gendarmerie-
beamten verfolgt, bei Pausshain festgenommen und
ebenfalls ins Amtsgericht Dippoldiswalde eingeliefert. Die
Vernehmung wird nun Licht in das Dunkel der ganzen
Sache bringen. Wenn die Ehe B.'s auch nicht übermäßig
glücklich gewesen sein soll, so traut man ihm eine solch ver-
werfliche Tat doch nicht zu und vermutet eher, daß von den
beiden anderen Böses geplant gewesen ist, zumal man nicht
recht verstehen kann, warum sich die dritte Person als Kri-
minalbeamter ausgegeben hat.

Maschütte. Am Dienstag nachmittags tagte hier im
Hotel Kaiserhof Stadt Dresden der Saalinhaber-
verein der Amtshauptmannschaft Dippol-
diswalde. Da der Gastwirtsverein Mäglistal, dem auch
mancher Saalinhaber angehört, am gleichen Tage eine Ver-
sammlung abhielt, ließ der Besuch zu wünschen übrig. Vor-
sitzender Marschner begrüßte alle Erschienenen, besonders
aber galt sein Gruß dem 1. Vorsitzenden des Saalinhaber-
vereins Freiberg, Kollegen Kunze. Dann trat man sofort
in die fünf Punkte enthaltende Tagesordnung ein. Nach
Verlesen der letzten Niederschrift durch den 1. Schriftföhrer
Hauhold, nahm man Kenntnis von verschiedenen Ein-
gängen. Ein Schreiben betraf das neue Schankstättengesetz.
Kollege Baum bot sich hierbei zu Vorträgen an. Es würde
aber davon abgesehen, da bereits Ausführungsbestim-
mungen die Mitglieder in den Händen hätten. Weiter
lagen Schreiben von der Amtshauptmannschaft und dem
Gastwirtsverein Dippoldiswalde vor. Ersteres gab Auf-

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl

Dresden. Zu Beginn der Landtagsföhrung erfolgte zu-
nächst die Bestätigung des Kabinettsrates. Dann trat das
Haus sofort in die Wahl des Ministerpräsidenten ein.

Als Vertreter der Sozialdemokraten erklärte Abg.
Böckel, die Sozialdemokraten würden alles daran set-
zen, die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten zu
verhindern. Wenn das nicht möglich sein sollte, werde man
alles tun, um diesen Präsidenten sobald es angehe zu stür-
zen. Der Redner sprach dann scharf gegen die Deutsche Volks-
partei, der er ihr Baktieren mit den Nationalsozialisten vor-
warf, nachdem sie diese während des Wahlkampfes aufs he-
ftigste bekämpft hätten. Wenn man etwa verfuhe, das Kabi-
nett Schied wieder in den Sattel zu heben, so betone er, daß
dieses Kabinet mit der stärksten Mithrauen der Sozialdemo-
kratie begegnen würde. Seine Partei schlage den Reichstags-
abgeordneten Lipinski als Kandidaten für den Minister-
präsidentenposten vor.

Abg. Renner (Komm.) erklärte zum Schluß seiner
einstündigen Rede, daß die Kommunisten nicht für den sozial-
demokratischen Kandidaten stimmen würden.

Abg. Siegert (Dnt.) gab im Namen der Deutsch-
nationalen, des Sächsischen Landvolks, der Nationalsoziali-
sten, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der
Christlich-Sozialen und der Volksrechtspartei eine Erklärung
ab, daß diese Parteien den früheren Wirtschaftsminister Dr.
Krug von Nidda und von Falkenstein als Kandidaten für
den Ministerpräsidentenposten vorschlugen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) richtete einen letzten Appell
an das Haus, nicht mehr löstbare Zeit zu verlieren und eine
Regierung auf breiter Grundlage zu bilden. Es könne nur
eine Regierung in Frage kommen, an der auch die Sozialde-
mokratie beteiligt sei.

Abg. Casse (Volksoat.) erklärte, seine Partei werde
den Ministerpräsidenten wählen, der das Vertrauen des Vol-
kes besitze und keine Interessengruppen verrete.

Es folgte nunmehr die Abstimmung. Vorgeföhr-
ten waren Dr. Krug v. Nidda und v. Falkenstein
(Dnt.), Lipinski (Soz.) und Renner (Komm.). An der
Wahl nahmen alle 96 Abgeordneten teil. Die Wahl ist dem-
nach gültig. Es erhielten Minister a. D. Dr. Krug v. Nidda
45, Reichstagsabgeordneter Lipinski 32, Landtagsabgeord-
neter Renner 13, Minister a. D. Dr. Cüll (Dem.) 3, Staatsmi-
nister Dr. Richter 2 und Abg. Casse (Volksoat.) 1 Stimme.
Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat,
ist damit die Wahl ergebnislos verlaufen.

Nach der Abstimmung begründete Finanzminister Dr.
Hedrich in längeren Ausführungen das bereits bekannte
Arbeitsbeschaffungsprogramm für Sachsen, zu dem der so-
zialdemokratische Abg. Arndt Ergänzungsanträge ein-
brachte, die 23 Millionen RM mehr vorsehen als das Re-
gierungsprogramm. Dr. Hedrich erklärte, daß es der Rege-
rung bei der jetzigen Geldmarktlage schwer fallen würde,
die Mehrforderungen auszubringen. Der Talsperrenbau
im Mäglistal- und Gottliebatal sei nur mit Reichshilfe mög-
lich. Der Bau des Süßwägers des Elster-Saale-Kanals sei
Reichssache. — Nachdem noch verschiedene Abgeordnete zum
Arbeitsbeschaffungsprogramm Stellung genommen hatten,
wurden die Vorlagen den zuständigen Ausschüssen überwien-
sen. Nächste Landtagsföhrung am 17. Juli, vormittags 11
Uhr.

Dr. Weber Ministerpräsident

Dresden. Nach der ergebnislosen Wahl des Minister-
präsidenten haben die bürgerlichen Parteien erneut zur Lage
Stellung genommen. Für den Fall, daß die deutschnationale
Fraktion auf eine nochmalige Kandidatur Dr. Krug v. Nidda
seinen Wert legen sollte, will die Wirtschaftspartei
ihre Parteimitglieder, den früheren Finanzminister Dr. We-
ber, zum Ministerpräsidenten in Vorschlag bringen.
Zunächst werden sich die Fraktionen noch mit diesem Plan
zu beschäftigen haben.

schluß über eine Erkundigung, letzteres betraf interne An-
gelegenheiten. Konzessionsgesuche, von der Amtshaupt-
mannschaft zur Aussprache zugeföfertigt, wurden mehrere
behandelt. In Kreischa wurde um Ausschank von Milch
nachgefragt, ebenso in Wendischcarsdorf. Im ersteren Falle
hatte der Saalinhaberverband nichts einzumenden, während
beim zweiten Besuch mit der Begründung, daß in nächster
Nähe des Nachsuchers sich eine Gaststätte befindet, um Ab-
lehnung gebeten wird. Eine Obföhallengenehmigung konnte
man ebenfalls nicht gutheissen. Einen wichtigen Punkt der
Tagesordnung bildete der bevorstehende Verbandstag in
Erimmitschau am 19.—21. August. Es wurden zwei An-
träge, die zum Verbandstag vorgebracht werden sollen, be-
kanntgegeben. Einer wurde dann aber zurückgezogen, der
zweite lautete: Der Verbandstag wolle sich dafür einsetzen,
daß die Mietzinssteuer reduziert und daß ein Steuererlaß
für Verbands-Mitglieder rückwirkend ab 1929 eintreten
sollte. Als Delegierte werden den Saalinhaberverband in
Erimmitschau vertreten der 1. Vorstand Marschner und
Kollege Hoinka, Kreischa. Geklagt wurde noch über läu-
mige Zahler. Hocheingeföhrte wurde aber auch, daß ein
Ehrenmitglied, das eigentlich steuerfrei ist, trotzdem Steuern
bezahlt. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch Kollegen
genannt, die dem Verbands nicht angehören und sich durch
Preisdröckerie bekannt gemacht haben. Die nächste Ver-
sammlung findet am 12. August in der Willischbaude statt.

Dresden. Das Ministerium des Innern erläßt eine Ver-
ordnung über Bezeichnung der Gendarmereienstellen, in
der unter anderem bestimmt wird: Die Gendarmereienstellen
föhren in Zukunft einheitlich die Bezeichnung Gendarmereis-
tellen. Das Landgebiet, das durch den Gendarmereiposten
betreut wird, heißt Gendarmereibezirk. Die Gendarmereis-
telle in Bodenbach—Tetschen behält die Bezeichnung Gen-
darmereie-Grenzkommissariat. Die nachstehenden Gendarmereis-
posten föhren neben der Bezeichnung Gendarmereiposten noch
die Bezeichnung Grenzstelle: Reichenau—Markersdorf—Herms-
dorf, Zittau, Großschönau/Warnsdorf, Ebersbach (Sa.),
Krippen/Schöna (Sächl. Schweiz), Moldau, Reichenhain, Bären-
stein/Weipert, Johanngeorgenstadt, Klingenthal, Bad Bram-
bach/Vollersruh.

Dresden. Am Dienstag wurde auf dem Wettiner-Bahnhof
ein Reichswehrsoldat, der in Begleitung eines Bahnbeamten
die Strecke abging, von einer Lokomotive erfasst und schwer
verletzt. Die Truppe war von einer Übung heimgekehrt und
hatte auf der Strecke ein Paket verloren, das der Gefreite
mit dem Bahnbeamten suchte. Der Verunglückte wurde nach
dem Standortlazarett gebracht.

Dresden. Die Deutschen Werkstätten AG. Hellaerau haben
ihren gesamten Betrieb stillgelegt; die Belegschaft von 500
Arbeitern wurde entlassen.

Loschwitz. Am Dienstag ist im Sanatorium Weidner
der berühmte Violinvirtuose Leopold von Auer im Alter von
85 Jahren gestorben. Er war am 7. Juni 1845 in Ungarn
geboren, studierte in Wien und Hannover und war dann in
verschiedenen deutschen Städten tätig. Im Jahre 1868 wurde
v. Auer nach Petersburg berufen, wo er bis 1911 weilte
und als Soloviolinist des Zaren und als Professor am Kon-
servatorium wirkte. Hier wurde er russischer Staatsbürger
und in den Adelsstand erhoben. Von 1911 bis 1914 lebte
v. Auer in Loschwitz, begab sich aber bei Ausbruch des Krieges
wieder nach Petersburg und später nach Oslo und Neuporf.
Wiederholt weilte er in Loschwitz zur Kur. Vor einigen
Tagen zog er sich eine Lungenentzündung zu, der sein
Körper keinen genügenden Widerstand mehr entgegensetzen
konnte.

Leipzig. Auf der Straße Leipzig—Berlin fuhr am Diens-
tag vormittags gegen 9 Uhr bei Beelitz in der Mark ein mit
zwei Personen besetzter Kraftwagen aus Leipzig mit voller
Geschwindigkeit gegen einen Baum. Der Stadtkammermusikus
Georg Naumann aus Leipzig wurde schwer verletzt, während
seine Mitföhrerin, Frau Melanie Langheinrich aus Leipzig-
Eindenaun, sofort tot war. Das Unglück soll darauf zurück-
zuführen sein, daß dem Fahrer plötzlich unwohl geworden ist.

Chemnitz. In Gegenwart von Vertretern der Stadtverord-
neten fand am Montag zu Beginn der Ratssitzung die feier-
liche Einweihung des neugewählten zweiten Bürgermeisters
Dr. Härtwig durch Oberbürgermeister Dr. Arlt statt. Dr. Arlt
würdigte in einer längeren Ansprache die Verdienste des schon
seit 13 Jahren dem Ratskollegium angehörenden Dr. Härtwig.

Zwickau. Der Rat der Stadt Zwickau ist dem Stadt-
verordnetenbeschlusse auf Wiederaufhebung der Pflichtarbeit
für Unterstützungsempfänger nicht beigetreten. Er bezieht
diesen Beschluß als ungesetzlich und warnt vor einem „Streit“
der Pflichtarbeiter. In diesem Falle würde die Unterstützung
auf das zum Leben Unerläßliche herabgesetzt oder nur noch
in Naturalien gewährt werden. Andererseits ist der Rat den
Pflichtarbeitern insofern entgegengekommen, als er ihnen eine
Anföhrungsentschädigung von 3.50 Mark pro Woche neben der
Unterstützung gewährt.

Bauhen. Ein bedeutender Erweiterungsbau wird am Kloster
ausgeföhrte, das erst vor wenig Jahren erbaut worden ist.
Durch den Anbau erhält das Kloster die doppelte Größe.

Wetter für morgen:

Unbeständig, wechselnd, meist stark bewölkt, zeitweise Regen,
örtliche Gewittererscheinungen nicht ausgeschlossen. Mäßige, vor-
übergehend in höheren Lagen aufröschende Winde aus westlichen
Richtungen. Temperaturen etwas schwankend, dabei im allge-
meinen nicht wesentlich geändert.

Konflikt Braun-Hindenburg!

Der Reichspräsident fährt nicht in die Rheinprovinz.
Berlin, 16. Juli.

Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt.

Diese Abfuhr hat er in folgendem Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preussischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen.

Meine Zusage erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in Rheinland und Westfalen, daß ich, wie Sie wissen, nach eingehender Prüfung des Tatbestandes als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben sei und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die sich auch die Reichsregierung inzwischen verwandt hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholten Erinnerns sie aber bisher nicht verfügt.

Statt dessen hat der preussische Minister des Innern in seinem dem Herrn Reichskanzler abgedruckten übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Verlangen und Formulierung ich entnehmen muß, daß Sie und das preussische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsche nicht zu entsprechen gesonnen sind. Damit schließen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinlandbefreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mich zu begrüßen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Räumung stattfanden, zugelassen und in großer Zahl auftraten.

Diese ungleiche Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Wehrparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein — nach meiner Auffassung nichts begründetes — Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preussischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen;

aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und so lange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
gez. von Hindenburg“

Die Reise des Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird von Mainz am Sonntag, 20. Juli, abends, unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Im Anschluß daran wird bekanntgegeben, daß der Stahlhelm Zusicherungen gegeben habe, sich jeder wie immer gearteten militärischen Betätigung zu enthalten. Auch sei die preussische Regierung rechtzeitig davon verständigt worden, daß die Reise des Herrn Reichspräsidenten unterbleibe, falls das Stahlhelmsverbot nicht vorher aufgehoben würde.

Antwort des preussischen Ministerpräsidenten an Hindenburg

Berlin, 16. Juli.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Dr. Braun unter dem 15. Juli an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Antwortschreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern ersehen, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preussischen Gebiet nunmehr von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten e. V., abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsfeier hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermieden sehen würde.

Um Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der preussische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der preussische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gegest werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preussischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und in Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gleichmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreier und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, dieses Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil die Grundlage gebildet hat.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Befähigung seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzgebung entspricht, abgäbe und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räume.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegenstellen, noch zu beheben, und daß es der Bevölkerung des preussischen Gebiets vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener
gez. Braun“

Zurückziehung der Schulgebote

Weimar, 15. Juli.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Thüringischen Schulgebote, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 11. Juli als verfassungswidrig erklärt wurden, dadurch aufgehoben werden sollen, daß im Amtsblatt des Thüringischen Ministeriums das Urteil des Staatsgerichtshofes mit seiner Begründung veröffentlicht wird. Dies werde dann als Aufhebung des Erlasses gelten.

Unruhe Sorgen Poincares um die Saar

Paris, 16. Juli.

Poincaré fühlt sich wieder einmal verpflichtet, jene seiner Landsleute eines Besseren belehren zu wollen, die glauben, mit einer alsbaldigen Rückgabe des Saargebietes ihrem Vaterlande im Jahre 1935 eine peinliche Abstimmungsunterlage und damit eine peinliche Prestigeeinbuße erparen zu können. Er veröffentlicht einen Artikel, in dem er zunächst meint, die deutsche Antwort auf die Briand'sche Paneuropa-Denkschrift werde mit der italienischen Antwort der bestehenden Verträge übereinstimmen.

Mit den Ausschreitungen gegen „die rheinische Bevölkerung, die sich während der Besatzungszeit absolut korrekt gegenüber den französischen Behörden gezeigt habe“, bezwecke man Rache für die Vergangenheit und eine Warnung für die Zukunft, die sich insbesondere gegen die saarländische Bevölkerung richte.

Die Saarverhandlungen seien infolge unannehmbaren deutscher Angebote vorläufig abgebrochen worden. Briand habe bereits seinerzeit Stresemann darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich keinerlei Interesse an einer Abänderung des Saargebietes habe und daher entschlossen sei, in der Stellung eines Verteidigers zu beharren. Die französischen Unterhändler hätten außerdem die deutsche Abordnung bei Verhandlungsbeginn darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich wohl sämtliche Wirtschaftspragen gemeinsam mit Deutschland studieren, sich jedoch nicht darauf einlassen könne, irgendwelche Änderungen in der durch die Verträge geschaffenen politischen Lage eintreten zu lassen.

Poincaré ist der Ansicht, daß eine Verringerung der Verträge eine ungerechtfertigte Vergewaltigung der Saarbevölkerung bedeuten würde. Poincaré behauptet weiter, Wilson und Lloyd George hätten sich bei den Versailler Friedensverhandlungen nicht um die Wünsche der „Saarbevölkerung“ gekümmert, die zum großen Teil für immer habe an Frankreich (!?) angegliedert werden wollen. Wenn sich dem Völkerverbund gelänge, die Meinungslosigkeit bei der Abstimmung im Saargebiet 1935 zu sichern, so sei es sehr wahrscheinlich, daß eine Reihe von Gemeinden entweder ihre Stimme für Frankreich abgeben oder aber sich zumindest für die Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes aussprechen. (Die berühmten „100 000 Saarfrenzen“ Clemenceaus spuken offenbar auch noch in Poincarés Kopf herum! Die Red.)

Deshalb habe Deutschland Frankreich immer zu bewegen versucht, gegen das Verprechen einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf die Volksabstimmung zu verzichten. Deutscherseits habe man bei den letzten Verhandlungen die Laktik verfolgt, die Saarbevölkerung schon langsam auf die Rückkehr zu Deutschland vorzubereiten und das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen. Poincaré fordert schließlich die Franzosen auf, bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen fest zu bleiben, da jedes Abweichen unweigerlich katastrophale Folgen haben müßte.

Das Rezept der Bergarbeiter

Die rechte Antwort erteilt Poincaré der Allgemeine Deutsche Bergarbeiterverband, der in einer Verlautbarung härtesten Einspruch gegen die Haltung der französischen Regierung bei den Saarverhandlungen erhebt. Die Form der Ausbeutung der Saargruben sei eine innere deutsche Angelegenheit, die nur vom Reich bestimmt werden könne. Mit welchem Recht verlange Frankreich eine Beteiligung an dem Besitz oder gar Ausbeute der Saargruben? „Wenn nationalistische Engstirnigkeit und wirtschaftliches Machtkreben auf französischer Seite die Oberhand behalten, so ist die Saarbevölkerung und insbesondere die Saargerbergelassenheit bereit, mit dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Stimmzettel ihre Zukunft zu entscheiden. Diese Entscheidung ist nicht zweifelhaft.“ Es komme weder das heute politisch erachtende und die Wirtschaft drohende Völkerverbundregime, noch viel weniger ein solches französischer Art in Frage. Bei der Behandlung der Saarfrage könne Frankreich den so oft von Paris aus verkündeten Gedanken einer friedlichen Zusammenarbeit der Völker geradezu demonstrieren. Nicht in schönen Friedensmemoranden reise die Völkervereinigung, sondern allein in Friedenstaten.

Deutsch-holländische Wahlstranten lassen

Haag, 16. Juli.

In der vergangenen Woche im Haag begonnene Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der niederländischen Regierung über Passierlichkeiten sind abge-

schlossen worden. Das Ergebnis kann als ein Fortschritt auf dem Wege zum völligen Abban der Passierlichkeiten zwischen Deutschland und den Niederlanden angesehen werden. In Aussicht genommen sind insbesondere weitgehende Erleichterungen für den beiderseitigen Ausflugsverkehr. Die Vereinbarungen, die noch der Bestätigung durch die beiderseitigen Regierungen bedürfen, sollen möglichst noch in diesem Sommer in Kraft gesetzt werden.

Aus dem Flugboot gekürzt

Warnemünde, 16. Juli.

Ein nicht alltäglicher Flugunfall, bei dem ein Schüler der Deutschen Verkehrsfliegerschule den Tod fand, hat sich bei Warnemünde über der Ostsee ereignet. Ein Heinkel-Schuldoppeldecker der Deutschen Verkehrsfliegerschule, eine Schwimmermaschine, befand sich in etwa 1000 Metern Höhe, als der Pilot plötzlich feststellte, daß das Höhensteuer nicht mehr zu bewegen war, weil sich der Riemens des mitgeführten Photoapparates in den zu den Steuerflächen führenden Kabeln verfangen hatte.

Im nächsten Augenblick überschlug sich die Maschine, wobei der Begleiter, Flugschüler Hamtens, herausfiel, wogegen der Pilot sich, während er mit dem Kopf nach unten hing, mit aller Kraft am Steuerhebel festklammerte.

Die Maschine sackte immer tiefer. Im letzten Augenblick gelang es dem Piloten, die Steuerung am Leitwerk zu bedienen und, kaum 100 Meter über dem Wasser, den Doppeldecker wieder in die Normallage zu bringen und glatt auf dem Meere niederzugesenken. Die Suche nach der Leiche des abgestürzten Begleiters war bisher erfolglos.

Bon gestern bis heute

Der deutsch-französische Kern.

In einem Artikel der New York Times, der sich mit den bisher eingelaufenen Antworten auf das Briand-Memorandum befaßt, wird gesagt, der in der österreichischen Antwort enthaltene Hinweis, daß die europäische Union geschaffen werden könne, ohne daß man den sofortigen Beitritt aller europäischen Nationen abwartet, erweise sich als stichhaltig. Auch die Geschichte der amerikanischen Nation habe zunächst nur mit 9 Staaten begonnen. Wesentlich für das Zustandekommen der europäischen Nation sei jedenfalls, daß sowohl Frankreich wie Deutschland diesem Staatenbunde angehörten, denn ohne diesen deutsch-französischen Kern sei die europäische Föderation undenkbar.

Oesterreichs Wiederaufbauanleihe abgeschlossen.

Die österreichische Wiederaufbauanleihe ist in London abgeschlossen und vom Finanzminister Juch als dem Vertreter der österreichischen Regierung sowie von den Vertretern der beteiligten Banken unterzeichnet worden. Die Anleihe wird in Kempten, in London, in Wien, ferner in Holland, Italien, Schweden und der Schweiz zur Auslegung gelangen. Die Anleihe summe beträgt rund 62 Millionen Dollar, wird mit 7 v. H. verzinst werden und erstreckt sich über 27 Jahre. Die Rückzahlung erfolgt mit einer Prämie von 3 v. H. Der Ausgabekurs wird 95 v. H. betragen. Ein Regierungsrat suspendiert.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist der Regierungsrat von dem Anseher, der sich in nationalsozialistischem Sinne betätigt haben soll, vom Dienst suspendiert worden. Der Regierungspräsident hat ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Schweden bezeichnet Paneuropa als verfrüht.

Der schwedische Außenminister hat dem französischen Gesandten in Stockholm die Antwort Schwedens auf Briands Denkschrift übergeben. Schweden steht dem Gedanken einer engen und gemeinsamen Zusammenarbeit der europäischen Staaten durchaus wohlwollend gegenüber und will gern an der Aussprache in Genf teilnehmen. Es hält es aber für verfrüht, schon jetzt einen europäischen Zusammenschluß mit jährlichen Konferenzen usw. zu bilden.

Vor einer englischen Regierungskrise?

Die englische Regierung beansprucht die alleinige Verantwortung für die Verhandlungen mit Indien und wird, falls der konservative Antrag, der die Beteiligung auch der Konservativen und Liberalen an der englisch-indischen Konferenz fordert, von der Mehrheit unterstützt werden sollte, ihren Rücktritt anmelden. Die Regierungskrise droht auch von seiten des Oberhauses, das sich in der Arbeitszeitsfrage des Kohlengesetzes unnachgiebig zeigt.

Ausschreitungen in Alexandria.

Als Sympathieumgebung für die Opfer der kürzlich erfolgten Unruhen in Mansurah und Bilbels, wurde von den Anhängern der Wafd-Partei in Alexandria ein 25-tägiger Streik erklärt. Demonstranten zogen in geschlossenem Zuge durch die Straßen und brachten Hochrufe auf den früheren Premierminister Rahas Pascha aus. Junge Leute begannen, die Schaufenster der Läden zu zertrümmern und die Polizei mit Steinen zu bewerfen.

Täglich 44 Selbstmorde in Deutschland

Immer und immer wieder sind in den Spalten der Zeitungen Berichte zu finden über Selbstmordfälle, die sich unter mehr oder minder tragischen Umständen ereigneten. Bei der Haft, mit der sich die Ereignisse in unserer schnelllebigen Gegenwart überschlagen, beschäftigt sich das öffentliche Interesse nur für eine kurze Zeitspanne mit diesen Ereignissen — dann nehmen andere Neuigkeiten die Aufmerksamkeit der Massen in Anspruch. Nur die Statistik vermerkt jeden einzelnen Fall und bietet damit die Möglichkeit, aus der Belamtheit aller im Laufe eines Jahres auftretenden Fälle wertvolle Schlüsse auf Entwicklungstendenzen usw. zu ziehen. Welche Größe das Heer der Selbstmörder im Laufe von 12 Monaten erreicht, geht daraus hervor, daß nach einer der neuesten Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes im Jahre 1928 im deutschen Reich insgesamt 16 036 Selbstmorde — also im Tagesdurchschnitt rund 44 — zu verzeichnen waren. Unter den Selbstmördern befanden sich 11 236 männliche und 4797 weibliche Personen. Auffälligerweise hat die Zahl der Selbstmorde weiblicher Personen im Berichtsjahre eine Zunahme um 150 Fälle erfahren, während die männlichen Selbstmorde von 11 327 im Jahre 1927 auf 11 239 — mithin um 88 — zurückgingen.

Die Motive für den Entschluß, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, waren nicht immer rechtlos aufzuklären, neben schwerem seelischen Leid und unheilbaren körperlichen Krankheiten übten andere Momente wie Liebestummer, verlegtes Ehrgefühl und — namentlich in Zeiten sinkender Konjunktur — schwierige wirtschaftliche Verhältnisse und Arbeitslosigkeit einen nicht zu überschätzenden Einfluß auf die Häufigkeit der Selbstmorde aus.

Was die Verteilung der Selbstmordzahlen auf die deutschen Länder und Landesteile betrifft, so entfielen auf Preußen allein mit 9530 Selbstmördern (6 690 männlichen und 2 840 weiblichen) mehr als 59,4 Prozent aller Fälle; an zweiter Stelle folgt Sachsen mit 1946 Selbstmordfällen.

Abgesehen von der Reichshauptstadt, in der sich im Laufe des Jahres 1928 insgesamt 1659 Selbstmorde ereigneten war die Häufigkeit der Selbstmordfälle besonders groß in der Rheinprovinz (1363) sowie in den Provinzen Schlesien (1097) und Niederschlesien (898). Besonders interessante Einblicke in die Psychologie der beiden Geschlechter gestattet ein Verzeichnis der verschiedenen Todesarten, durch die die Lebensmüden ihren Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, ausführten. Während die Vertreter des männlichen Geschlechtes in den weitaus meisten Fällen den Tod des Erhängens (46,9 v. H.) sowie des Erschießens wählten (20,1 v. H.), ist auf der weiblichen Seite die Zahl der Todesfälle durch Erdrosseln (28,7 v. H.), durch Ertrinken (23,1 v. H.) ungefähr gleich groß. Dagegen ist der Freitod durch feste und flüssige Gifte sowie sonstige ähnelnde Mittel auf Seiten der weiblichen Selbstmörder mit 9,2 v. H. Fällen wesentlich stärker vertreten als beim männlichen Geschlecht, während wiederum nur 3,5 v. H. aller Selbstmörderinnen den Tod des Erschießens wählten gegenüber 20,1 auf männlicher Seite.

Anachronismen

Das System der starren Löhne und der starren Preise ist durch den Deynhauer Schiedspruch gedrohen worden. Nicht nach politischen und sozialen Gesichtspunkten, sondern nach dem in der ganzen Welt üblichen Grundgesetz der Rentabilität sollen in Zukunft Lohnfestsetzungen erfolgen, damit Deutschland wieder in verstärkter Nähe den Anschluß an den Weltmarkt gewinnt. Diejenigen, die geglaubt haben, daß der Deynhauer Schiedspruch die Bahn zu einer gesunden Entwicklung freigelegt hat, die allerdings nur dann eintreten kann, wenn zugleich die Finanzreform in verständiger Form durchgeführt und der Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand ein Ziel gesetzt wird, sind enttäuscht worden. Niemand hat behauptet, daß Lohn- und Preisabbau Universalmittel zur Ausheilung der Wirtschaft sind. Aber daß in einer Zeit, in der die Öffentlichkeit mit Spannung auf die Ergebnisse des ersten Anzuges auf dem Gebiet der Lohn- und Preisentwertung wartet, in der die Reichsregierung dem Problem stärkere Aufmerksamkeit schenken zu wollen erklärt, neue Preis- und Lohnerhöhungen vorgenommen werden, deren Wirkung die anderen Maßnahmen wieder aufhebt, wird dem Laien allerdings schwerlich einleuchten.

Kann man noch allenfalls die Tarifierhöhung der Reichsbahn als unabwendbar hinnehmen, so steht doch in krassem Gegensatz zu der durch den Deynhauer Schiedspruch eingeleiteten Bewegung, der kürzlich für die Berliner Verkehrs-Gesellschaft gefällte Spruch, der dem Personal die den übrigen Arbeitern der Stadt Berlin gewährte Lohn- und Preisentwertung jubiliert. Daß bei der allgemeinen Wirtschaftslage und bei der Lage der Berliner Verkehrs-Gesellschaft im besonderen jede Lohn- und Preisentwertung ausgeschlossen ist, weiß auch der Laie. Wenn man die Entscheidung der Kammer liest, reißt man die Augen. Es wird da erklärt, daß die Lohn- und Preisentwertung wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sei und daß die Forderung nur damit begründet werden könne, daß der Magistrat Berlin seinen Arbeitern eine Lohnzulage zu gewilligt hat!

Ist schon in weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung die Bevorzugung einer kleineren Gruppe von Arbeitnehmern, die bereits günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen hatten als die preußischen Staatsarbeiter, die Arbeiter des Reiches und der Reichsbahn, geschweige die übrige Arbeitnehmerschaft, nicht verstanden worden, so wird diese Gleichstellung der verschiedenen Arbeiterkategorien der städtischen Betriebe um so schärfer mißbilligt werden müssen, als die erhöhten Bezüge aus dem Ertrag der städtischen Gesellschaften gezahlt werden müssen, deren Tarife schon jetzt in ihrer nicht durch die Betriebskosten, sondern durch den Finanzbedarf der Stadt Berlin bedingten Höhe „als eine kaum erträgliche, unsoziale, indirekte Steuer empfunden werden“, wie es in dem Schiedspruch selbst heißt. Die kommende Revision der städtischen Verwaltung wird derartige Auswüchse des Schiedswesens in Zukunft zu unterbinden haben.

Berschiedenes

David und Goliath am Potsdamer Bahnhof. Es war kurz nach Büroschluß am Potsdamer Platz in Berlin. Vor dem Wannseebahnhof staute sich die Menge und mitten drin ein großer Mann, hertulisch gebaut, dem äußeren Ansehen nach Ringkämpfer in einem Jirtus, anscheinend nicht mehr ganz nüchtern. Vor ihm verhiert eine junge Frau. Kann auch ein Mädchen sein. Sie verwahrt sich nicht gegen heftige Leiden auch etwas handgreifliche Vorwürfe ihres Herkules. Zuschauende Frauen und Mädchen kreischen; die Männer jucken die Achsel und halten weiter, jeder mit sich beschäftigt und keinesfalls gewillt, sich mit dem streitbaren Menschen in eine unter Umständen tödliche Auseinandersetzung einzulassen. Irgend jemand brüllt: „Kauft doch beim Lieberfallkommando an!“, die anderen gaffen schaulustig. Auch Männer haben es zum Teil nicht so eilig, um zuzusehen, wie ein starker Mann eine kleine Frau verprügelt. Es gibt Gemütsmenschen, die sogar darüber noch Witze machen. Bis ein junger Mensch, ein Knirps beinahe, vorbeikommt, sich die Hornesröte ins Gesicht steigen läßt und den Problem anbellt: „Schämen Sie sich nicht, eine Frau zu mißhandeln?“ Der Angeredete hält einen Augenblick in seiner strahlenden Tätigkeit inne, wirft dann einen Blick auf die im Sonnenschein selbst glänzende Schülerröte des vierzehnjährigen Gymnasialisten und meint dann würdevoll: „Hat keiner ein Handtuch, damit sich der Kleine erst mal hinter die Ohren abtrocknet, wenna mit'm Amachenen kriech?“ Das nächste geschah im Zeitablauf von knapp

dreißig Sekunden. Der Kleine zog seinen Rock aus, gab ihn der zunächst stehenden Dame: „Halten Sie bitte einen Augenblick meinen Rock und meine Tasche“, stürzte sich wie David auf Goliath zu und verlegte dem Großen einen Knüttel, der Max Schmeling alle Ehre gemacht hätte, worauf der Große unter allgemeinem Erstaunen wie ein Wehlsad umfiel und demütlos liegen blieb. Der Kleine aber rückte zur seinen Schlips zurecht, nahm mit einem „Danke schön!“ Rock und Tasche in Empfang und verschwand, ohne sich weiter um die Umstehenden zu kümmern, im Eingang des Wannseebahnhofs.

Hat er recht? An der Londoner Akademie hat ein Professor für Musikgeschichte seine Vorlesungen über die Entstehungsgeschichte der einzelnen Instrumente mit den bezeichnenden Worten geschlossen: „... kann man also mit einiger Berechtigung sagen, daß die Erfindung der Harfe einem glücklichen Zufall zu verdanken ist, so muß andererseits die des Sargophons mehr als Unglücksfall bezeichnet werden.“



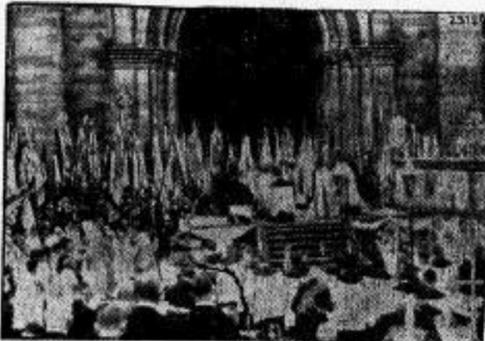
Botschafter Komarnicki.

Das Referat „Deutschland“ im polnischen Außenministerium wird demnach der bisherige Botschafter der polnischen Botschaft beim Vatikan, Komarnicki, übernehmen.



Zur 800-Jahr-Feier der Stadt Staffelnheim.

Das alte Frankensiedchen Staffelnheim feierte in diesen Tagen das Jubiläum seines 800jährigen Bestehens unter Beteiligung der gesamten Bürgerschaft sowie zahlreicher Gäste. Unser Bild zeigt eine Szene aus dem historischen Festspiel vor dem Rathaus.



900-Jahr-Feier der Grundsteinlegung des Doms zu Speyer. In diesen Tagen feierte die Stadt Speyer die 900. Wiederkehr des Tages, an dem der Grundstein zu ihrem Dom gelegt wurde. Unser Bild zeigt die Weihe anlässlich der Feier.



Europa-Rundflug 1930.

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Die durch den Tod von Gewerbestudentrat Wolf freigewordene Stelle eines Lehrers für

Mathematik und Chemie ist vor einiger Zeit ausgeschrieben worden. Gestern ist die Meldefrist abgelaufen. Wie wir hören, sind 20 Bewerbungen eingegangen.

Die Gewinnlisten der 24. sächsischen Landeswohlfahrts-Geldlotterie und der Wurzener Dombau-Lotterie liegen in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus.

Seifersdorf. Am vergangenen Sonntag beging der Heimatverein zu Seifersdorf sein Sommerfest, verbunden mit Vogelschießen. Mit einem Weckruf am frühen Morgen wurde auf den Festtag hingewiesen, der ja in Seifersdorf zu einem wirklichen Feste gestaltet wird, weil das gesamte Dorf, ob jung oder alt, daran teilnimmt. Dem vorjährigen Vogelkönig Richard Grumbt wurde ein Ständchen dargebracht, was dieser mit einer Einladung zu Kuchen und Kaffee quittierte. Darauf wurde die vorjährige Vogelkönigin, Frau Thekla Länisch, mit einem Morgengruß der Kapelle geehrt, auch hier wurden die Teilnehmer mit einem guten Trunke bewirtet. Anschließend wurde in Oppelts Gasthaus ein Frühstücken eingenommen. Der im Laufe des Vormittages einsetzende Regen ließ auf nichts gutes hoffen, umso größer wurde die Feststimmung, als sich das Wetter plötzlich aufheiterte, als der von vier Herolden eröffnete Festzug sich dem Festplatze in Oppelts Gartenrestaurant näherte. Dort ging man sofort dem Stern und anschließend den beiden Vögeln energisch zu Leibe. Währenddessen wurden die Kinder, es waren deren wohl gegen 100, mit Kaffee und Kuchen, gestiftet vom Vogelkönigspaar, gelabt. Auch Präparate für die Zahnpflege usw. wurden den Kindern überreicht. Die Königswürden errangen sich für die Damen Frau Martha Dreßler, für die Herren Schneidermeister Richard Guder. Ihnen und auch allen anderen guten Schützen winkten vortreffliche Preise. Auch am Schießstand nach den Scheiben wurden sehr gute Prämien verteilt. Hierbei wurde Alfred Schiller Scheibenkönig. Gegen Abend wurden die Kinder nochmals mit Würstchen und Semmel bedacht. Bei Einbruch der Dunkelheit hatte man noch einen Lamplanzug durch den ganzen Ort vorgezogen, der bei wundervoller Bankfeuerbeleuchtung fast bei jedem Hause, an dem man vorüberzog, vorstatten ging. Allerdings machte der wieder einsetzende Regen den Fackeln sehr zu schaffen. Trotzdem konnte man das Fest als ein gelungenes ansehen, an dem sich das ganze Dorf erfreuen konnte.

Glashütte. Der hiesige Erzbergverein hat in seiner letzten Versammlung zur Vornahme der Vorarbeiten zur Fortsetzung des Schutzweges im Mühlgraben von der Brückenmühle bis zur Krugmühle Oberschlottwitz einen Ausschuss gewählt, der dieser Tage wieder eine Begehung der genannten Schutzwegstrecke vornahm. Die definitive Inangriffnahme der Arbeiten dürfte allerdings noch geraume Zeit auf sich warten lassen, da vorerst mit einigen Anliegern noch Verhandlungen stattfinden haben.

Geising. In der Nacht zum Dienstag wurden in Hoffmanns Gasthof von frechen Eindringlingen verschiedene Kleidungsstücke und Lebensmittel gestohlen. Ferner wurde versucht, am Voigtischen Bahnwärterhäuschen einen Schuppen zu erbrechen, in dem sich drei Fahrräder befanden, doch sind die Diebe anscheinend gestört worden. Die Geisinger Gendarmerie nahm sofort durch Motorrad die Verfolgung auf, und es gelang, bei Bärenstein zwei tschecho-slowakische Staatsangehörige festzunehmen. Sie wurden ins Amtsgericht Lauenstein eingeliefert und bestritten, an den Einbrüchen beteiligt zu sein. Die Ermittlungen durch die Gendarmerie sind noch im Gange.

Dresden. Wie wir zu dem Absturz des der Akademischen Fliegergruppe Dresden gehörenden Flugzeuges D 1829 bei Schkopau noch erfahren, ist der schwerverletzte Begleiter Abrecht Rädiger (nicht Krüger) kurz nach seiner Einlieferung ins Merseburger Krankenhaus verstorben. Er war auch der tödlich verunglückte Pilot Ugel, von Fiedler waren an der Technischen Hochschule Dresden als stud. ing. immatrikuliert. — Herr von Fiedler hatte einen Verwandten, den früheren Kammerherrn von Trotha, in Schkopau besucht. Nach dem Flugzeug stieg Herr von Fiedler zunächst allein mit dem Flugzeug auf und zeigte Kunstflüge. Dann nahm er eine Dame zu einem Rundflug mit. Kurz nach dem Start zur Weiterfahrt stürzte das Flugzeug nach vorn ab und fiel auf ein Rübenfeld. Herrn von Fiedler zog man tot unter dem Flugzeuge hervor, ihm war der Brustkorb eingedrückt worden, während der Beobachter schwer verletzt war.

Dresden. Nachts kurz vor 1 Uhr ist an der Ecke der Königsbrücker- und Boulsenstraße ein übermäßig schnell fahrender Kraftwagen in eine die Straße überquerende Reichswehrabteilung hineingefahren. Dabei haben vier Reichswehrsoldaten Ober- und Unterschenkelbrüche und andre Verletzungen davongetragen, die ihre sofortige Überführung in das Garnisonslazarett erforderlich machten. Der betrunkenen Führer des Kraftwagens, ein 36 Jahre alter Kaufmann aus Dresden, ist vorläufig festgenommen worden.

Die deutsche nationale Landtagsfraktion hat drei Anträge eingebracht, die die Wiedererrichtung evangelischer Sammelstellen oder Sammelstellen, die anteilige Heranziehung zu den Bau- und Unterhaltungskosten und zur Wasserabnahme solcher Besitzer oder Nutznießer von Grundstücken, die eigene ausreichende Wasserversorgung besitzen, die Neubemessung des Kontingentfußes und die Besteuerung der Zigarettensindustrie betreffen.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat vier Anträge eingebracht, in denen gefordert werden sofortige Aufhebung des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes, Bereitstellung von Mitteln für unentgeltliche Schulpreise, Gewährung einer Rotfrontbeihilfe an alle Rentner, Fürsorgeunterstützungsempfänger und Erwerbslose und einheitliche Regelung der Richtsätze der Bezirksfürsorgeverbände über ganz Sachsen.

In der Nähe von Brettnig kam ein mit zwei Personen besetztes Kraftrad infolge der aufgeweichten Straße zum Sturz. Der Besfahrer, der aus Hildes bei Düsseldorf stammt, zog sich eine Wirbelsäuleverletzung zu. Er wurde ins Krankenhaus nach Bischofswerda gebracht, wo er bald darauf verstarb.

Dresden, 15. Juli. Angesichts der Tatsache, daß nach den letzten Landtags-Sitzungen verschiedene Mitglieder des

Landtags beim Verlassen des Gebäudes von Demonstranten beschimpft und zum Teil sogar tödlich angegriffen wurden, hat das Polizeipräsidium für die heutige Sitzung des Landtags entsprechende Maßnahmen getroffen, um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden. Vor dem Landtagsgebäude sorgen Polizeibeamte für eine geordnete Abwicklung des Verkehrs. Vor dem Polizeipräsidium stehen vier Streifenwagen bereit, um eventuelle Demonstrationen im Keime zu ersticken.

Dresden. Von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung dem Erlass einer Verordnung über Änderungen in der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und andere Vereinfachungsmaßnahmen — sog. Reformverordnung — zugestimmt. Die im Ministerium des Innern ausgearbeitete Verordnung stellt, wenn sie auch das Gefüge der Behördenorganisation im Großen unberührt läßt, doch ein wesentliches Stück der Verwaltungsreform dar. Sie trägt dem bereits in der Schiedsrichterschrift betonten Grundsatz Rechnung, die Verwaltungsorgane möglichst in die untere Instanz zu verlegen und hierdurch ihre Erledigung zu beschleunigen. Zahlreiche Geschäfte, die bisher von den Ministerien oder Kreishauptmannschaften erledigt wurden, werden künftig auf nachgeordnete Behörden übertragen. Ferner werden einige Zweifel und Unstimmigkeiten beseitigt, die sich für den Rechtszug bisher daraus ergaben, daß nach der Gemeindeordnung die nicht begrieffreien Städte nicht mehr der Kreishauptmannschaft, sondern der Amtshauptmannschaft unterstehen. Schließlich sind sonst noch eine Reihe von Erschwerungen und Unstimmigkeiten beseitigt worden.

Radebeul. Kreuzotter im Hausgarten. Im Garten eines hiesigen Grundstücks ist eine ausgewachsene Kreuzotter lebend gefangen worden. Es wird sich wohl schwer auffindbar lassen, wie sie in den Garten gelangt ist.

Heidenau. Am Sonntag fand in Kleinsiedlitz wegen der langumstrittenen Frage der Eingemeindung von Kleinsiedlitz nach Heidenau ein Bürgerentscheid statt. Von 421 Stimmberechtigten stimmten 212 gegen und 123 für die Eingemeindung. Die Eingemeindung ist somit abgelehnt.

Großpostwitz. Als am Sonnabendnachmittag ein in Richtung Schirgiswalde unterwegs befindlicher Radfahrer, der auf dem Vorderteil seines Rades eine Kiste mit mehreren hundert Eiern mit sich führte, sein Rad an einen Baum anlehnte, um eine Zigarre anzubrennen, kippte das Rad um, und die Kiste mit ihrem zerbrechlichen Inhalt fiel zu Boden. Was aus den Eiern wurde, läßt sich denken. Ob der Radfahrer nochmals eine Zigarre anbrennen wird, wenn er Eier fährt?

Waldheim. Zur Beseitigung des Defizits im Haushaltsplan nahm die bürgerliche Mehrheit des Stadtparlaments Streichungen im Umfang von rund 86 000 Mark vor, so daß sich der Fehlbetrag auf 73 265 Mark ermäßigte. Zur weiteren Abdeckung des verbleibenden Defizits wurde die kostenlose Totenbestattung aufgehoben. Nur an Bedürftige wird noch eine Bestattungsbeihilfe gewährt. Der Strompreis wurde schließlich noch auf 50 Pfg. erhöht. Bei Stimmhaltung der Nationalsozialisten wurde dann der Gesamtplan mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen.

Pegau. Standen da am Eingang der Leipziger Straße ganz friedlich zwei Gespanne des Ritterguts Thierbach, voll beladen mit milchgeschwängerten Kannen, als plötzlich um die Ecke ein Lastauto mit Anhänger herankam. Zum Unglück mußte auch noch ein anderes Pferdbegesir die betreffende Stelle der an sich ziemlich engen Straße passieren. Die Folge war natürlich ein Zusammenstoß, bei dem vor allem das Rittergut Thierbach der Leidtragende war; denn seine Wagen wurden von dem Auto erfasst und ein ganzes Stück Wegs mitgeschleift, und die Milchkannen wurden dermaßen arg mitgenommen, daß sich ihr Inhalt zum großen Teil auf die Straße ergoß und diese zum Teil in eine regelrechte „Milchstraße“ verwandelte.

Chemnitz. Obwohl von der Kriminalpolizei immer und immer wieder das Publikum zur größten Sorgfalt beim Verschließen der Türen und Gelasse ermahnt worden ist, erweist die Praxis, daß alle derartigen Mahnungen auf vollkommen unfruchtbaren Boden fallen. Die Chemnitzer Wach- und Schleifgesellschaft veröffentlicht jetzt einen Bericht über das 1. Halbjahr 1930, nach dem von ihren Beamten in dieser Zeit nicht weniger als 6847 offengelassene Haustüren, Haus- und Straßentore, 4 offene Ladentüren, 13 offene Bürotüren, 91 offene Garagen und 5 offene — Geldschränke vorgefunden worden sind.

Chemnitz. Die Höhere Maschinenbauschule der staatlichen Akademie für Technik konnte am 14. Juli auf ein 75-jähriges Bestehen zurückblicken. Sie ist hervorgegangen aus der damaligen Wertmeisterschule, deren Eröffnung durch kgl. Dekret vom 14. Juli 1855 angeordnet wurde. Zu Beginn des Wintersemesters 1928-29 begann der Ausbau zur fünfsemestrigen Maschinenbauschule.

Crimmitschau. Dienstag morgen ist ein mit gefüllten Wollabfällen gefüllter Güterwagen in nächster Nähe des Güterbodens bis auf das Fahrgestell verbrannt. Eine mächtige Rauchsäule hüllte einen Teil des Bahnhofes ein, und die Flammen bildeten große Gefahren für die Güterschuppen und den Wagenpark. Die Ladung Wollabfälle war gestern aus Pölned für eine hiesige Firma eingetroffen. Offenbar liegt Selbstentzündung vor, da gefüllte Wolle sehr leicht zum Selbsterhitzen neigt. Die Bekämpfung des Feuers erfolgte durch Mannschaften der Eisenbahn und durch die freiwillige Feuerwehr, die mit der Motorspritze erschienen war. Der Schaden ist recht bedeutend, und die Frage, wer aufzukommen hat, dürfte nach den Erfahrungen in solchen Fällen sehr lange Auseinandersetzungen bringen.

Görlitz. Dieser Tage hat sich wieder ein schwerer Verkehrsunfall ereignet, indem ein von Chemnitz nach Weichselburg schrender Zug an dem Uebergang mit einem dortfabwärts fahrenden und mit einem Anhänger versehenen Tankbelieferungswagen der Caco-Vertriebsgesellschaft zusammenstieß, wobei Wagen und Anhänger sowie die Eisenbahnanlagen erheblich beschädigt wurden. Der Beifahrer konnte sich durch Abspringen rechtzeitig retten, während der Fahrer nur wie durch ein Wunder unverletzt blieb. Der

erheblich verzögerte Zugverkehr mußte durch Umsteigen aufrecht erhalten werden.

Langburkersdorf. Betrunkener verursacht Motorradunfall. Ein Motorradfahrer aus Reustadt kam nachts dadurch zum Stürzen, daß ein Betrunkener verlorcht hatte, ihn während der Fahrt anzuhalten. Bei dem Unfall wurden der Betrunkenen, der Fahrer und seine Mitfahrerin mehr oder minder schwer verletzt.

Stollberg. In Gabeln stieß der Dachdecker Müller aus Stollberg mit seinem Motorrad, auf dessen Soziusplatz der Strompfeifer Reuther aus Stollberg mitfuhr, infolge Reifens der Reite gegen ein Eisengeländer. Beide mußten schwer verletzt dem Stollberger Krankenhaus zugeführt werden.

Schönlitz. Vom Zuge getötet. Auf dem Söhlitz-Bahnhof wurde der erst seit kurzem verheiratete Ernst Schlüssel aus Zwönitz von einem einfahrenden Personenzug überfahren. Schlüssel starb auf dem Transport zum Krankenhaus in Stollberg an den erlittenen schweren Verletzungen. Er soll an dem Unfall selbst die Schuld tragen da er zu nahe am Gleis stand.

Langenhennersdorf. Scheunenbrand. Im benachbarten Bahra brannte die zum Hildmannschen Sägewerk gehörende Scheune vollständig nieder. Größere Vorräte an Heu und Stroh wurden mitvernichtet. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Zwickau. Unvorsichtiger Schütze. Beim Scheibenschießen in einem Gartengrundstück kam ein siebenjähriges Mädchen in die Nähe der Scheibe, die an der Gartenmauer angebracht war. Das Mädchen wurde gewarnt, doch war es zu spät. Ein jugendlicher Schütze kam dem Abzugsbügel zu nahe, der Schuß ging los und traf das Kind. In bedenklichem Zustande wurde das Mädchen ins Krankenhaus gebracht. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Falkenstein. Der 28jährige erwerbslose Arbeiter Weidlich tötete seine beiden Kinder und machte dann seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Als die Ehefrau von der Arbeit heimkehrte, fand sie die Wohnungstür verschlossen. Die herbeigerufene Polizei öffnete die Tür, den Beamten und der entsetzten Frau bot sich ein grauenvoller Anblick. Auf dem Sofa lag die sieben Jahre alte Tochter mit einem tiefen Halschnitt und in einem anderen Zimmer der fünfjährige Sohn mit einem Kehlschnitt und im Nebenzimmer fand man den Vater erhängt vor, neben ihm das blutige Rasiermesser, mit dem er die Kinder getötet hatte. Die Mordkommission aus Plauen ist mit den weiteren Ermittlungen beschäftigt. Wirtschaftliche Not soll den bereits seit Monaten ausgehungerten Mann zu dieser grauenvollen Tat getrieben haben.

Löbau. Die Stadtverordneten beschloßen in ihrer letzten Sitzung die Einführung der Kassensteuer. Sie soll für die erste Kasse 6, für die zweite 12 und für die dritte und jede weitere Kasse 24 Mark im Jahr betragen. — Zweck ist die Verminderung der Zahl der Kassen. Bis zu 12 Stück in einem Haushalt wurden festgestellt.

Letzte Nachrichten.

Schwere Unruhen in Alexandrien. — 14 Tote und 250 Verwundete.

London, 15. Juli. In Alexandrien sind am Dienstag schwere Unruhen ausgebrochen, die noch andauern. Sie begannen am Morgen, als von den Nationalisten ein zwelfständiger Generalstreik angekündigt wurde. Demonstranten zogen mit dem Ruf: „Lang lebe Nubas Pascha!“ durch die Straßen. Eine erregte Menge griff die Polizei mit Steinwürfen an und bemächtigte sich des Mahomet-Alli-Platzes im Zentrum der Stadt. Sie wurde aber bald von der Polizei auseinandergetrieben. Die Europäer suchten in der Bourse eine Zuflucht. Die Menge stürzte mehrere Kraftwagen um und setzte sie in Brand. Die Polizei zog sich auf das Dach des Gerichtsgebäudes zurück und eröffnete von

dort ein Feuer auf die Menge. Zahlreiche Menschen sollen getötet worden sein.

Nach amtlichen Mitteilungen sind bei den Unruhen 14 Personen, darunter acht Europäer, getötet und 250 verwundet worden. Die Anzahl der Schwerverletzten ist groß. Unter den acht Europäern befindet sich auch ein Italiener. Die Bourse von Alexandrien und zahlreiche Geschäfte waren geschlossen.

Hindenburgs Abgabetelegramm an die Stadt Koblenz.

Koblenz, 16. Juli. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Oberbürgermeister der Stadt Koblenz folgendes Telegramm gerichtet: „Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich aus den Gründen, die in meinem heute veröffentlichten Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten dargelegt sind, auf meinen geplanten Besuch Ihrer Stadt einstweilen verzichten. Ich hoffe aber, daß die Gründe, die mich zu dieser Maßnahme zwingen, bald behoben werden und ich später den Besuch bei Ihnen nachholen kann.“ — Gleichzeitig ist ein Telegramm des Reichspräsidenten ähnlichen Inhalts beim Oberpräsidium eingegangen.

Die Deutsche Volkspartei der Rheinprovinz zum Hindenburg-Brief.

Düsseldorf, 15. Juli. In Düsseldorf fand am Dienstag eine Führerbesprechung der Deutschen Volkspartei statt, auf der folgende Entschlüsse gefaßt wurden: „Die Deutsche Volkspartei, Rheinprovinz, stellt sich rückhaltlos auf den Standpunkt des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, der mit vollem Recht von der preussischen Regierung verlangt, daß das Stahlhelmsymbol als Zeichen der Befreiung der Rheinlande von fremder Besatzung sofort aufgehoben wird.“

Reichskanzler und Hindenburg-Brief.

Berlin, 15. Juli. Auf Grund des demokratischen Fraktionsbeschlusses hatten die Abgeordneten Koch-Weser und Meyer am Dienstag nachmittags eine Unterredung mit dem Reichskanzler, deren Gegenstand der Brief des Reichspräsidenten an den preussischen Ministerpräsidenten bildete. Der Reichskanzler hat darin zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei diesem Brief um eine private Meinungsäußerung handele, auf die die Reichsregierung keinen Einfluß habe. Nach der Verfassung bedürften nur Verfügungen und Verordnungen der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Bei dem Brief handele es sich aber nicht um einen staatsrechtlichen Akt.

Fünf weitere Tote in Hausdorf geborgen.

Neurode, 16. Juli. Bis Dienstagabend 23 Uhr gelang es im Kurtschacht, fünf weitere Tote zu bergen. Die Kommunisten entfalteten im Laufe des Tages eine rege Werbetätigkeit durch Verteilung von Flugblättern, womit sie jedoch keinen Erfolg hatten. Versuche der Kommunisten, Versammlungen abzuhalten, wurden dadurch unterbunden, daß ihnen die Säle hierfür verweigert wurden.

Chronik.

* Dippoldiswalde. Vor 25 Jahren wurde der Kirchturm einer durchgreifenden Reparatur durch Baumeister Schmidt unterzogen.

* 1880 — also vor 50 Jahren — wurde auf dem Leichenberg eine steinerne Bank aufgestellt. Damals wurde auch festgestellt, daß er 428,56 Meter hoch ist, 76 Meter höher als die Goldne Höhe.

* Vor 50 Jahren herrschte in Glashütte und in Geising lange Zeit der Typhus.

* Reichstädt, 15. Juli. Heute vor 25 Jahren brannten Scheune und zwei Schuppen des Gutsbesizers William Zönnchen im Niederdorfe ab.

Hausmädchen

zugleich als Köchebedienung sucht Engadin, Ranzstein (Sa.)

21jähriges Mädchen, sehr kinderlieb,

sucht baldigst Stellung

als Kinder- oder Hausmädchen.

Koch- und Nähenkenntnisse vorh.

Gute Zeugnisse. Dippoldiswalde bevorzugt. Off. unter L. Z. an die Geschäftsstelle d. W.

Frische neue Büchlinge

empfehlen Bruno Hamann

Sanierungen — Vergleiche

möglichst — um Kosten zu ersparen — außergerichtlich. Wir fertigen sämtliche Unterlagen an und halten Gläubigerversammlungen ab. Gesellschafterauseinandersetzungen. — Mithilfe in sämtl. Kreditangelegenheiten. — Vorbesprechungen kostenlos u. unverbindlich.

Langjährige, praktische Erfahrungen

Ersie Referenzen

Dr. Altenburger & Tanneberger

Treuhandler

Dresden-A., Seestraße 4, I.

Fernsprecher 29725

Vilitenkarten C. Jehne

Drucksachen

Buchdruckerei Carl Jehne

Mauer- u. Dachziegel

sowie sämtliche zum Bau benötigten Ziegelwaren, hartgebrannt, ab unseren Werken

Wilsdruff, Brockwitz, Leuteritz,

Althirschstein

gibt zu außergewöhnlichen niedrigen Preisen ab

Ernst Haedel, s. m. s. s.

Dampfziegeleien und Dachsteinwerke

Brockwitz (Bez. Dresden)

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter

Silma verw. Sträßberger

Sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank

Dippoldiswalde, den 15. Juli 1930

Die trauernden Hinterbliebenen

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Paul Gerhard Sandig

im Alter von 33 Jahren plötzlich und unerwartet von uns geschieden ist

Reichstädt, 14. Juli 1930

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofshalle aus statt

Kurze Notizen

Reichspräsident von Hindenburg hat seine Reise nach der Rheinprovinz und Hessen-Nassau zu den Befreiungsfeiern abgelehnt, da sich die preussische Staatsregierung bisher noch nicht bereit gefunden hat, das Stahlhelmsymbol im Rheinland aufzuheben.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags führte die erste Beratung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungs-gesetz zu Ende. Bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen wurde die Beitragserhöhung auf 4% Prozent angenommen.

Die Ministerpräsidentenwahl im sächsischen Landtag blieb ergebnislos. Für den Abgeordneten Dr. Krug von Nidda wurden 46 Stimmen der Rechten abgegeben. Der Sozialdemokrat Lipinski erhielt 32, der Kommunist Renner 13, der Demokrat Dr. Rühl 2, der Abgeordnete der Volksnationalen Reichsvereinigung Dr. Richter ebenfalls 2 Stimmen.

Botschafter von Hoersch hat am Dienstagmittag am Quai d'Orsay die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum betreffend die föderative Organisation Europas überreicht.

Der Lehrer Kirsch aus Marienfelde (Kreis Osterode), der am Sonnabend in der Nähe von Marienfelde durch die polnische Grenzpolizei festgenommen worden war, wurde, nachdem Landrat Menger seine Freilassung mit aller Energie betrieben und auch einen Volltermin abgehalten hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt.

Preispolitik und Arbeitsbeschaffungsprogramm

„Wird es billiger werden?“ Das ist die bange Frage, die sich in der letzten Zeit so mancher Wirtschaftsführer, aber auch mancher Lohnempfänger, dessen Reallohn durch Steuern und Preissteigerungen immer neue Kürzungen erfährt, vorgelegt haben mag. Mit dem Oprensauer Schiedsspruch, der Preisabbau nach Lohnsenkung festsetzte, wurde ein erster Anfang gemacht. Wätschen Möglichkeiten, die Aktion vorwärtszutreiben? Davon soll in folgendem die Rede sein.

Das Arbeitslosenproblem ist gleichbedeutend mit dem Preisproblem. Gelingt es, das Preisniveau zu senken, so tritt damit automatisch eine Erhöhung der Nachfrage nach Waren ein und damit eine Erweiterung der Beschäftigung in der Wirtschaft. Nun ist es selbstverständlich, daß wir keine vom Ausland isolierte Preispolitik treiben können, hängen wir doch in dem Bezugs der wichtigsten Rohstoffe vom Weltmarkt und seinen Preisen ab. Löhne, Steuern, Kapitalzinsen usw. tun dann das übrige, um die Preishöhe bei uns endgültig zu bestimmen.

Die Lage des internationalen Marktes für wichtige Rohstoffe steht gegenwärtig im Zeichen einer außerordentlichen Preislenkung. Für Textilrohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Rohseide, Sute sind die Preise ganz erheblich, zum Teil in einem ruinösen Ausmaße zurückgegangen. Dasselbe trifft zu für Häute und Gummi. Ebenfalls erhebliche Preisrückgänge finden sich bei Eisen, Stahl und sonstigen Metallen wie Kupfer, Zinn und Zink. Dieser Preisrückgang kommt deutlich und klar in der Entwicklung des deutschen Großhandelspreisindex zum Ausdruck. Der Index für den Großhandelspreis von Rohstoffen und halbfertigen Waren ging ununterbrochen von 128,3 (1913 = 100) im Januar d. J. auf 120 am 9. Juli zurück. Teilweise sind die Preise erheblich unter den Preisstand von 1913 gesunken. Man hätte nun erwarten müssen, daß angesichts des drängenden Arbeitsproblems die industriellen Fertigerwaren dieser Erleichterung auf dem Rohstoffmarkt gefolgt wären durch eine mindestens entsprechende Preislenkung. Das ist leider nicht der Fall, wie ein Blick auf die Entwicklung des Großhandelsindex für industrielle Fertigwaren lehrt. Zwar ist auch hier ein Rückgang von 156 im Januar auf 151 Anfang Juli eingetreten, aber abgesehen davon, daß die Verbilligung der Rohstoffe nur bedingt in diesem Preisrückgang zum Ausdruck kommt, hat sich seit Mai das Tempo des industriellen Preisrückganges sehr verlangsamt, und in den beiden letzten Monaten hat die Abwärtsbewegung überhaupt aufgehört. Das ist ein Zustand, den man im Interesse der gesamten Wirtschaft nur auf das äußerste beklagen kann.

Die Starrheit der Preishaltung steht in einem immer bedrohlicher werdenden Gegensatz zu der riesigen Arbeitslosigkeit. Die Preise dort nicht zu senken, wo Voraussetzungen für einen Preisabbau durchaus gegeben sind, kann nicht als kluge, vorausschauende Wirtschaftspolitik angesprochen werden. Was man durch hartnäckiges Festhalten an den alten Preisen zu gewinnen glaubt, verwandelt sich in Wirklichkeit in schweren Verlust.

Gelingt es nicht, die Arbeitslosigkeit durch Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf natürlichem Wege zu vermindern, so müssen durch Erhöhung der Steuerlast der öffentlichen Körperschaften die zum Unterhalt der Millionen erforderlichen Mittel beschafft werden. Was man also am Preisstande auf der einen Seite als Plus glaubt buchen zu können, geht um einen höheren Betrag an zusätzlicher fiskalischer Belastung auf der anderen Seite wieder hinaus. Dazu gesellt sich aber die wachsende politische und wirtschaftliche Unruhe, die das Geschäftsvertrauen drinnen und draußen

schwächt und auftraghemmend wirkt. Gerade die Kreise, welche die kapitalistische Wirtschaftsweise als die ergebnisreichste und billigste loben und vertreten, schneiden sich ins eigene Fleisch, wenn sie nicht dafür sorgen, daß zur Entspannung der bedrängten Wirtschaftslage das unbedingt Mögliche und Notwendige auch getan wird. Man sollte nicht nur immer fordern, daß andere etwas tun. Man muß auch selbst das Seine zur Lösung der schicksalsschweren Probleme, die uns bedrängen, beitragen.

Von der Reichsregierung muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß sie sich vor den Konsumenten stellt und unter Anwendung ihres ganzen moralischen und verwaltungsmäßigen Einflusses dafür sorgt, daß ungerechtfertigte Preisforderungen mit allen Mitteln belämpft werden. Eine gute Handhabe bietet u. a. zweifellos das in Aussicht genommene Arbeitsbeschaffungsprogramm, das seinen Sinn und Wert verlieren würde, wenn es nicht zur Durchführung möglicher Preislenkungen benutzt würde.

Noch keine Entscheidung!

Berlin, 15. Juli.

Wieder einer jener entscheidungsschweren Tage im Reichstag, die sich schon äußerlich als solche erkennen lassen: Autos über Autos vor dem Portal, geschäftiges Hin und Her in allen Sitzungszimmern und auf den Wandelgängen. Es war aber nicht nur ein sogenannter großer Tag. Die ungeheuer schwerwiegende Entscheidung, vor der der Reichstag diesmal stand, verbreitete im Hause eine lähmende Spannung. Jene allgemeine Verwirrung und Ratlosigkeit, die sich in allen Mienen ausdrückte und die am Dienstag noch durch die wie eine Bombe wirkende Abgabe Hindenburgs verstärkt wurden. Was wird werden? Diese Frage stand auf allen Gesichtern zu lesen. Auch die Zwischenträgerlei feiert an solchen Tagen Triumphe. Ein Vorschlag taucht auf, wird lebhaft diskutiert, wieder verworfen, um einem anderen Platz zu machen. Wie drohendes, schwarzes Gewittergewölbe lastete am Dienstag der Art. 48 über dem Reichstag. Die Entscheidung war ja eigentlich schon gefallen, als das „Rein“ der Deutschnationalen feststand. Nur darüber, welches der Inhalt des so sorgfältig geheimgehaltenen Kabinettsbeschlusses war, liefen in den Wandelgängen die verschiedensten Kombinationen um. So viel wußte man bereits, daß eine Reichstagsauflösung vom Kanzler deshalb nicht ausgesprochen werden würde, weil die Vollmacht des Reichspräsidenten zur Auflösung noch nicht vorlag.

Schließlich naht die entscheidungsvolle Stunde, wo zum ersten Mal seit Bestehen der Weimarer Verfassung bei „präsentem Reichstag“ über seinen Kopf hinweg der Art. 48 in Kraft gesetzt werden soll und der vermutlich binnen wenigen Tagen eine noch entscheidungsvollere folgen wird: die der Auflösung des Reichstages.

Die Reichstagslösung

Ein letzter Appell der Reichsregierung.

Erwartungsvolle Spannung lag über dem dichtbesetzten Haus, als die entscheidende Reichstagslösung um 15 Uhr eröffnet wurde. Die Tagesordnung wurde insofern erweitert, als der wirtschaftsparteiliche Antrag auf Reichstagsauflösung mit der Beratung der Deckungsvorlagen verbunden wurde. Zunächst wurde der Ausschussbericht über die Anträge zur Neuroder Grubenkatastrophe behandelt. Der Ausschuss empfiehlt einen Antrag, der die Regierung ersucht, mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen und alle Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern.

In einer Ausschuss-Entscheidung wird die Reichsregierung ersucht, aus Anlaß der großen Grubenkatastrophe in Neurode bis zu 1 Million Rm. dem Bergmannsfonds für den niederschlesischen Steinkohlenbezirk beim Oberbergamt Breslau zur Unterstützung der Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Bergleuten des Waldenburg-Neuroder Steinkohlenbezirks und ferner zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Bezirkes zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschussantrag und die Ausschussentscheidung werden angenommen.

Sodann wurde das Weingesetz in zweiter und dritter Beratung einstimmig angenommen.

Nunmehr folgt die zweite Beratung der Deckungsvorlage. Dazu ist von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett eingegangen.

Reichstanzler Dr. Brüning

erklärt, er wolle zu der Vorlage keine lange Rede halten, denn das Volk verlange eine schnelle Entscheidung und keine weiteren Reden. Ueber dem Volk liegt ein dumpfer Druck, ein Gefühl der Unsicherheit, das ungeheuer hemmend und belastend wirkt für die Wiederankurbelung der gesamten Wirtschaft.

Das Volk hat im Grunde ein sehr starkes Verständnis dafür, daß die Regierung vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe steht. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Depression, sondern einen völligen Strukturwandel der Wirtschaft, eine Preisrevolution auf allen Gebieten der Wirtschaft. Wir haben keinen Grund zu einem schrankenlosen Pessimismus, denn

für die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft bedeutet die Preislenkung keinen Abstieg, sondern den Beginn des Wiederaufstiegs.

Wenn die Reichsregierung nicht alle Maßnahmen ergreife, um diesen Wiederaufstieg zu ermöglichen, dann hätte sie ihre Pflicht gründlich verfehlt. Die Voraussetzung für die

Durchführung aller dieser Maßnahmen, auch für die Durchführung der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen ist aber, daß vorher das Defizit des Reichsetats gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr, als die von der Regierung vorgeschlagenen. Wir können keine Osthilfe gewähren, wir können die Arbeitslosenversicherung nicht sanieren, wenn das Defizit nicht gedeckt ist. Was wir jetzt machen, ist nichts weiter als Aufräumarbeit. Diese Arbeit ist notwendig, wenn wir im Herbst zu der großen Reform unserer Finanzen kommen wollen, die vor allem eine wesentliche Senkung der Ausgaben auf allen Gebieten bringen soll.

Sollte es nicht möglich sein, durch das Parlament die Deckung zu beschließen, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die notwendig sind, zur Abdeckung des Defizits des Reichshaushalts.

Abg. Esser (Str.) beantragt, mit Rücksicht auf die eben gehörte Erklärung des Reichskanzlers die Beratung der Vorlage nicht in der üblichen geschäftsmäßigen Form vorzunehmen, sondern die Entscheidung darüber zu beschleunigen, daß nur über den Artikel 1 der Vorlage mit vierstündiger Redezeit beraten und dann durch eine Abstimmung die Entscheidung herbeigeführt wird.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, dieser Vorschlag Esser bedeute eine solche Abweichung von allen geschäftsordnungsmäßigen Gepflogenheiten, daß die Sozialdemokratische Fraktion erst dazu in einer Sitzung Stellung nehmen müsse. Er beantragt, die Weiterberatung um eine Stunde zu unterbrechen.

Es wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten beschlossen, die Beratung um 1 Stunde zu unterbrechen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird ein kommunistischer Antrag auf Vornahme einer Generaldebatte abgelehnt und der Vorschlag Esser mit der Änderung angenommen, daß für die Aussprache über den Artikel 1 eine halbstündige Redezeit zugelassen wird.

Abg. Reil (Soz.) erklärt, die Regierung Brüning befindet sich in einer Sackgasse, aus der es nur einen Ausweg gibt, nämlich das Zurück. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sachliche Vorschläge gemacht, um die Finanzen auf die Dauer zu sanieren. In dieser Beziehung sind die Deckungsvorschläge der Regierung schon rein summarisch unzulänglich. Wir fordern größere Entschlüsse im Etat, aber nicht auf Kosten der unschuldigen Opfer der planlosen kapitalistischen Wirtschaft. Wir werden Ersparnisvorschläge machen, die besser sind als die der Regierung. Wir warnen den Reichskanzler vor dem Versuch, etwa den Artikel 48 mißbrauchen zu wollen, um Vorlagen durchzusetzen, die der Reichstag nicht genehmigt hat, und um eine Regierung zu retten, die sich verreckt hat. Die Regierung hat ja noch gar nicht alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, sie hat noch nicht einmal die starken Kräfte der größten Partei des Hauses, der Sozialdemokratie, in Anspruch genommen.

Abg. Dr. Oberfahren (Dnat.) gibt darauf von seinem Abgeordnetenamt aus folgende kurze Erklärung ab: Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß eine irgendwie wesentliche Änderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung nicht eingetreten ist. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist daher entschlossen, auf dem Inhalt der Erklärung zu beharren, die sie bei der Beratung der Deckungsvorlage in erster Lesung abgegeben hat.

Abg. Dr. Höhr (Str.) stimmt der Deckungsvorlage zu. Sie verlange Opfer von allen Volksschichten. Diese Opfer seien aber notwendig, um das Defizit in der Reichskasse zu decken und so den Weg frei zu machen für eine dauernde Reform des Finanzwesens, für eine Sicherung der Sozialversicherung und für die Maßnahmen, mit denen die Wirtschaft wiederbelebt und der Arbeitslosigkeit gesteuert werden soll.

Abg. Dr. Reubauer (Komm.) bezeichnet die Reichstagsrede als die Ankündigung der faschistischen Diktatur. Die Regierung habe heute dafür die Bundesgenossenschaft des Reichspräsidenten von Hindenburg gefunden.

Abg. Dr. Scholz (D. Bp.) erklärt, die Fraktion wüßte vor allem eine Senkung der Ausgaben und eine Wiedererwekung der finanziellen Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden. Die in dieser Richtung gestellten Forderungen seien wenigstens teilweise erfüllt worden. Die Volkspartei stimme der neuen Deckungsvorlage zu.

Abg. Mollath (B. P.) gibt eine Erklärung ab, die begründet, warum die Wirtschaftspartei sich entschlossen hat, den vorliegenden Beschlüssen zuzustimmen.

Abg. Meyer (Dem.) gibt für die Demokratische Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Wir betrachten das ganze Gesetzgebungswort als eine Teilreform, die unerlässlich weiterzuführen ist, vor allem durch die Sanierung der Gemeindefinanzen und durch die endliche Vereinfachung und Verbilligung des Verwaltungsaufbaues in Reich und Ländern. Wir glauben, daß wir nicht das Recht haben, diese Teilreform abzulehnen, weil wir nicht mit allen Deckungsvorlagen einverstanden sind.

Abg. Leicht (Bayer. Bp.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion, ebenso Abg. v. Enderner-Wildau (Chr. Nat.); auch der Abg. Dr. Best (Volkspartei) stimmt der Deckungsvorlage zu.

Damit ist die Aussprache über den Artikel I beendet.

Artikel I wird bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch tags.

Berhandlungen mit den Sozialdemokraten

Berlin, 16. Juli.

Nach der Unterredung, die Reichstanzler Dr. Brüning mit den Führern der Sozialdemokraten hatte, traten

die Führer der Regierungsparteien zu einer interfraktionellen Sitzung zusammen. Dr. Brüning soll mit den Sozialdemokraten besonders darüber verhandelt haben, ob man ihnen in den sozialen Bestimmungen der Deckungsanlage entgegenkommen könne. Die Verhandlungen werden als weder günstig noch ungünstig bezeichnet. Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten werden heute vormittag fortgesetzt.

Die Pensionstürzung

Berlin, 15. Juli.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages genehmigte in erster Lesung das Pensionstürzungsgezet.

Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der den § 1 des Gesetzes folgendermaßen faßt: Bezieht ein Ruhegehaltsempfänger, der nicht im Reichs- oder in einem sonstigen öffentlichen Dienste verwendet wird, neben seinen Versorgungsgehalt ein weiteres steuerbares Arbeitseinkommen, so wird das Ruhegehalt um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Arbeitseinkommen den Betrag von 6000 RM. jährlich übersteigt. § 1 gilt sinngemäß für die Wartgeldempfänger und die Beamten, die unter Befehl des vollen Gehalts vom Amte entlassen sind. Er gilt auch sinngemäß für die nach dem Offizierspensionsgesetz vom 31. Mai 1906 und den entsprechenden älteren Gesetzen, für die nach dem Offiziersentschädigungsgesetz vom 13. September 1919, dem Reichsministergezet vom 27. März 1930 und dem Wehrmachtverordnungsgezet vom 4. August 1921 versorgten Personen. Die Kürzung erstreckt sich auch auf die laufenden Lieberungsgebühren.

Die Versorgungsbezüge für die Ruhegehalts- und Wartgeldempfänger der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter staatlicher Aufsicht stehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts dürfen nicht günstiger geregelt sein, als in Artikel 1 und 2 für die Reichsbeamten vorgelesen ist. Die Länder sind berechtigt und verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erlassen und durchzuführen.

Abfindungs-, Renten- und sonstige Verträge, die in ihrer Gesamtwirkung eine günstigere Regelung als in den Artikeln 1 und 2 vorsehen, darstellen, werden aufgehoben. Der Ausschuß beschloß dann noch, als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Oktober 1930 zu bestimmen.

Es wurde auch der Pensionshöchstbetrag von 12 000 Reichsmark jährlich, wie ihn der sozialdemokratische Internationalismus vorschreibt, gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei in erster Lesung vom Ausschuß genehmigt.

Berminderung der Bahnschutztruppen im Saargebiet

Saarbrücken, 16. Juli.

Unter Bezug auf den von dem Vertreter Italiens in der Völkerbundsversammlung vom 18. März 1926 vorgelegten Bericht und auf den in der gleichen Sitzung gefaßten Beschluß sowie auf den Beschluß vom 12. März 1927 hat die Regierungskommission die Herabsetzung der Zahl der Bahnschutztruppen auf 250 beschlossen und den Völkerbundrat verständigt, daß die Eisenbahnkommission vermindert ist und auch noch um weitere Einheiten vermindert werden wird.

Undurchsichtige Lage in Indien

Verständigungsbereite Kreise nehmen zu.

London, 16. Juli.

Der indische Nationalkongreß hat seine Propaganda verstärkt. Neue Mitglieder werden von Haus zu Haus und in starken Versammlungen gewonnen. Der Boykott wird verschärft. In Gujerat wird eine scharfe Propaganda als Vorbereitung des Feldzuges gegen die Steuern geführt. In der Bombayer Gesetzgebenden Versammlung wurde ein neuer Beitrag von 100 000 Pfund für die Erhaltung der Sicherheitspolizei und weitere 43 000 Pfund für die Unterbringung der außerordentlich großen Anzahl von Gefangenen beantragt. Sodann wurde der Antrag auf Freilassung Gandhi, die im Interesse des Friedens gefordert wurde, zurückgezogen.

Die Angriffe von Stämmen an der Nordwestgrenze dauern weiter an.

Durch Bombenwürfe aus Flugzeugen sind zahlreiche Aufständische getötet worden. Während einer Verhaftung in Allahabad wurde ein Polizist von der Menge angegriffen, worauf er von der Waffe Gebrauch machte. Eine Person wurde getötet, der Polizist selbst wurde schwer verletzt. 48 Personen sind verhaftet worden.

Infolge des Rückganges der Weizen- und Saatpreise haben eine Anzahl von Firmen in Kalkutta und Haidarabad ihre Zahlungen eingestellt, mehrere andere haben den Bankrott angemeldet.

Hinter den Kulissen der Allindischen Konferenz in Simla fanden in dieser Woche Unterredungen der gemäßigten Hindus, der moslemischen Liga und der Minderheiten statt, die sich im allgemeinen für die in der Rede des Vizekönigs entwickelten Gedankengänge aussprachen und die Beilegung des Unabhängigkeitsfeldzuges vertraten. Es wurde vorge schlagen, den Vorsitzenden Jaganath zu baldigen Verhandlungen mit den drei gefangenen Führern der Unabhängigkeitsbewegung zu entsenden, um sie zu der Verkündung eines Waffenstillstandes zu bewegen.

Skarek-Voruntersuchung abgeschlossen

Am Dienstag wurde in Berlin die Voruntersuchung in Sachen Skarek und Genossen geschlossen, und zwar gegen die Brüder Max, Leo und Willi Skarek, die Bürgermeister Schneider und Kohl, die Stadträte Degner und Benede, die früheren Stadträte Göbel und Schünning, den Stadtmarschall Salostoff, den ehemaligen Prokuristen der A.B.G., Liebert, den Buchhalter Lehmann und den ehemaligen Buchprüfer des Finanzamtes, Ludwig.

Der den Stadtbank-Komplex betreffende Teil, an dem 9 weitere Angeklindigte beteiligt waren, wurde bereits am 13. März 1930 geschlossen. Der äußerst umfangreiche Stoff, der niedergelegt ist in 87 Hauptakten, 40 Bänden Gutachten, 1200 Beilagen und rund 2000 beschlagnahmten Geschäftsbüchern und Korrespondenzmappen, ist jetzt so weit geklärt, daß die Staatsanwaltschaft die Anklage abfassen

bzgl. etwaige Anträge auf Außerverfolgung stellen kann.

Jurzeit bestehen noch Haftbefehle gegen die 3 Brüder Skarek sowie gegen Göbel, Degner und Lehmann, jedoch sind alle sechs mit der Haft versehen, die 3 Skareks wegen Haftunfähigkeit, die übrigen nach Sicherheitsleistung.

Strafanträge im Tschernwonenlächler-Prozess

In der Berufungsverhandlung gegen die Tschernwonenlächler beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklindeten Karumidse wegen gemeinschaftlichen und fortgesetzten Münzverbrechens sowie Urkundenfälschung 2 Jahre und 10 Monate Gefängnis, gegen Sarathieraschwili wegen des gleichen Verbrechens 2 Jahre und 5 Monate Gefängnis, gegen Böhle 4 Monate Gefängnis, gegen Bell 1 Jahr und 7 Monate Gefängnis, gegen Schmidt 6000 M. Geldstrafe.

In dem Plädoyer erwähnte der Staatsanwalt, daß das Ziel der Tätigkeit der Ausländer nicht Deutschland, sondern ihre engere Heimat Georgien war. Die Anklage sei daher nicht auf sie anwendbar.

Allerlei Neuigkeiten

Ansturm auf eine städtische Sparkasse. Im Zusammenhang mit dem Konkurs eines Viehhändlers in Rempten durchweilten Gerüchte von schweren Verlusten der städtischen Sparkasse die Stadt, die zu einem Ansturm auf die Schalter der Kasse führten. Oberbürgermeister Merkt verfuhrte, in einer persönlichen Ansprache die erregte Menge zu beruhigen. Bis zum Abend hat die Städtische Sparkasse Rempten alle verlangten Guthaben, auch die unfändbaren, im Gesamtbetrag von 305 000 Mark ausgezahlt. Trozdem der Stadtrat und die Sparkasse einen öffentlichen Aufruf an die Bevölkerung richteten, ging der Ansturm auf die Sparkasse noch weiter. Irrendweldche Befürchtungen wegen der Sicherheit der Guthaben bestehen nach einer öffentlichen Erklärung des Stadtrates nicht.

Reichenberg i. B. In Sa bert bei Dschij waren die beiden Brunnenbauer Fiedler und Köniß in einem 36 Meter tiefen Brunnen beschäftigt. Bei der Arbeit stürzten sie durch unglücklichen Zufall ab und blieben in schwerem Zustand liegen. Fiedler erlitt Schädelbruch, Rippen- und Armbrüche sowie innere Verletzungen; sein Zustand ist hoffnungslos. Köniß hat mehrfache Knochenbrüche und innere Verletzungen davongetragen.

Bad Harzburg. Der Kreisassessorbuchhalter Redner ist unter dem Verdacht, Veruntreuungen in großem Umfang begangen zu haben, verhaftet worden. Die Untersuchung ist im Gange. Es soll sich um Unterschlagungen in Höhe von 80 000 RM handeln.

Synagogen-Versteigerung

Gießen. Nach einer Bekanntmachung des Amtsgerichts werden im Wege der Zwangsversteigerung die Grundstücke der israelitischen Gemeinde, Synagoge, Friedhof und Wohnhaus am Kirchplatz versteigert werden.

Opfer der Arbeitslosigkeit. Den 28-jährigen Schlosser Franz Armbruster, Demminer Straße 10 zu Berlin fand man in der obersten Wohnung durch Gas vergiftet tot auf. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Das Motiv ist allem Anschein nach in Arbeitslosigkeit zu suchen. A. war nach 6-jähriger Dienstleistung bei der Schutzpolizei wegen Schwerhörigkeit entlassen worden. Seither war er mit kurzen Unterbrechungen arbeitslos. Dies scheint er sich zu Herzen genommen zu haben.

Neues Beweismaterial gegen Kürten. Wie die Justizpressestelle Düsseldorf mitteilt, ist eine wichtige Zeugin in der Kürten-Angelegenheit in der Person des wiederholt genannten „Mädchens mit dem Fuchspelz“ ermittelt worden. Die Vernehmung der Zeugin hat weiteres Beweismaterial gegen Kürten erbracht.

Folgenschweres Lastautounglück. Ein Lastauto mit 22 Feuerwehrleuten, die von einem Feuerwehrfest in Böhmisch-Krbna heimkehrten, geriet bei Profetisch auf einer Brücke ins Schleudern, durchbrach das Brückengeländer und stürzte sich überhängend, aus einer Höhe von fünf Metern in den ausgetrockneten Bach. Von den Insassen wurden 17 schwer verletzt, zwei von ihnen sind inzwischen gestorben. Drei Feuerwehrleute kamen mit leichten Verletzungen davon. Der unverletzte gebiebene Führer des Wagens hat sich in der Wohnung seiner Eltern erschossen.

Mordversuch in einer Pension. In einer Pension in Zürich wurde ein schweres Verbrechen aufgedeckt. Als das Dienstmädchen das Frühstücksgesicht aus dem Schlafzimer der von ihrem Mann getrennt lebenden 26 Jahre alten Hauswirtschafterin Klara Schmidt abholen wollte, fand sie die Pensionärin unter einem blutbesteckten Leinentuch auf dem Bett liegend, während ihr Liebhaber, der die Nacht bei ihr zugebracht hatte, verwundet war. Die Frau, die zwei Kopfschüsse aufwies, wurde in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus gebracht. Als mutmaßlicher Täter kommt der 25 Jahre alte Kellner Joachim Ros aus Barcelona in Frage.

Starkes Erdbeben in Amerika registriert. Der Seismograph der Fordham-Universität verzeichnete am Montag zwischen 5.46 und 5.51 Uhr nachmittags amerikanischer Ortsnormalzeit ungewöhnlich heftige Erdstöße, die auch von den Seismographen in Washington, Denver und Milwaukee registriert wurden und deren Zentrum, wie man annimmt, sich in der Nähe der Küste von Guatemala befunden hat. Das Erdbeben war das stärkste, das hier seit dem Seebeben im November v. J., das zu dem Bruch der atlantischen Kabelleitungen an der Neufundlandküste führte, festgestellt worden ist.

Ein amerikanischer Bankier ermordet. In Los Angeles erschoss ein dort bekannter Grundstücksmakler im überfüllten Gerichtssaal einen der reichsten Bankiers und früheren Postdirektor der Stadt. Als Grund für seine Tat gab er an, daß der Bankier ihn bei der letzten Börsenbaufe ruiniert habe.

Leipzig. Der bisherige Vertreter Thüringens im Kuratorium der Wita, dem auch die sächsische Regierung angehört, Oberregierungsrat Stier, ist vom thüringischen Volksbildungsministerium zurückgezogen worden. An seine Stelle tritt, wie nunmehr feststeht, der Hauptschriftleiter des Weimarer nationalsozialistischen Parteiblattes Dr. Ziegler.

Friede in Mansfeld?

Halle. Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsregierung, vertreten durch das Reichsarbeitsministerium, hat im Interesse der bedrängten Lage der Arbeiterschaft und der gemeinwirtschaftlichen Bedeutung des Mansfelder Kupferbergbaues Verhandlungen mit den Gewerkschaften der Mansfelder Verwaltung eingeleitet, die der Wiederaufnahme der Kupferbetriebe dienen sollen.

Die Vermittlung der Reichsregierung hat sich, wie weiter gemeldet wird, zur Aufgabe gestellt, die Schwierigkeiten zu überbrücken, die einer Wiederaufnahme des Kupferbergbaues und Hüttenbetriebes infolge des weiteren Rückganges der Metallpreise unter den Stand vom April ds. Js. und wegen des Widerstandes der Gewerkschaften gegen die vorgesehene Lohnsenkung entgegenstehen. Um den zu treffenden Vereinbarungen die für das Werk und die mit ihm verbundenen öffentlichen Interessen wünschenswerte Dauer zu geben, soll eine unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers zu prüfende Kommission die definitive Neuordnung der Löhne und für die Reaktion evtl. Zuschläge für das Jahr 1931 die maßgebende Unterlage schaffen.

Der Höhepunkt des Jahres

Der Höhepunkt des Jahres liegt hinter uns und die Tage neigen — wenn auch ganz unmerkbar — sich abwärts und werden kürzer. Die Dämmerung, die es bis jetzt nie ganz Nacht hat werden lassen, hält noch bis zum 20. an. Von dort ab wird es um Mitternacht wieder vollkommen finster. Am 23. Juli tritt die Sonne in das Zeichen des Löwen; damit ist der Beginn der sogenannten „Hundstage“ verbunden. Die Bezeichnung „Hundstage“ kennt man von alter Zeit her. Die alten Griechen nannten diese Zeit „Dpora“; sie wird bestimmt durch den Aufgang des Hundsterns „Sirius“. Die Dpora der Griechen sng nämlich mit dem Aufgang des Hundsternes an, der nahe mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Löwen zusammenfällt und sie endigte mit dem Aufgang des „Acturus“, der freilich viel später ist als das Ende unserer Hundstage. In Griechenland ist die Zeit der Hundstage durch große Hitze und nach Hippokrates auch durch schwere Gallenkrankheiten gekennzeichnet. Im Mittelalter ruhte während dieser heißen Zeit verschiedentlich selbst der Gottesdienst. Die Zeit der Hundstage währt vom 23. Juli bis zum 23. August.

Turnen und Sport

Caracciola startet doch! Meldungen aus Irland zufolge sollte der von Caracciola für den Großen Preis von Irland gemeldete Mercedes SSK nicht abgenommen werden. Der Automobilklub von Deutschland hat sich dieserhalb sofort nach Bekanntwerden der Nachricht mit dem Royal Automobile Club in London in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß Caracciola, wie beabsichtigt, am Großen Preis von Irland am Donnerstag teilnehmen wird.

Deutsche Rudervereine nahmen erfolgreich an der Passauer Ruderegatta teil. R. A. am Wannsee gewann einen Achter und belegte mehrere gute Plätze, ferner waren Münchener und Rürnberger Rudervereine siegreich.

Für die deutschen Tennismeisterschaften vom 3. bis 10. August in Hamburg sind bereits einige Nennungen eingegangen, u. a. die der Franzosen Brugnon und Boussis, der Engländer Gregory und Hughes sowie die der japanischen und australischen Davispolitmannschaften.

Der Schwimm-Länderkampf Ungarn-Frankreich in Paris endete mit einem ungarischen 2:0-Siege. Die Ungarn gewannen die 4 mal 200-Meter-Staffel in 9:54,4 und das Wasserballspiel mit 5:2. In einem 100-Meter-Freistilrennen gewann Barany in 59,2 gegen Lari 1:00,2.

Die 11. Etappe der Tour de France sah wieder einmal den Franzosen Pellissier in Front. Rebe kam als bester Deutscher an fünfter Stelle ein, aber auch die übrigen deutschen Teilnehmer endeten mit im Bordertreffen.

Die Fußball-Weltmeisterschaft in Montevideo brachte am 2. Tage folgende Resultate: Jugoslawien-Brasilien 3:1 (1:0).

Hälfebus schlug in Neuporf in einem 8-Runden-Kampf den Regler Larry Hogan n. P., obwohl er in den letzten Runden schwächer bogte. 5000 Zuschauer waren anwesend.

Erfolge der sächsischen Ruderer in Leitmeritz

Troz der zum Teil recht unglünstigen Witterung war die Publikumsbeteiligung an der Ruderegatta in Leitmeritz eine so große, daß man von einem vollen Erfolg der Veranstaltung sprechen kann. Einzelne Kämpfe brachten recht spannende Augenblicke. Den größten Teil der Siege konnten die sächsischen Ruderer an sich holen.

Die Ergebnisse: Zweiter Juniorvierer: 1. Riesaer RB 7:32,4. 2. Universität Leipzig 7:36. 3. Regatta-Brig 7:38. — Erster Vierer: 1. Passauer RB 7:15,8. 2. Dresdner RB 7:17,8. 3. RB Pirna 7:33,2. Jungmann-Einer: 1. Reifner RB Repton (Raiser) 8:45,4. 2. RB Regatta-Brig 9:00,4. — Zweiter Vierer: 1. Breslauer RB 7:17,4. 2. RB Leitmeritz 7:18,4. 3. Pirnaer RB 7:44,8. — Junior-Achter: 1. RB Sturmogel Leipzig 6:29,8. 2. Dresdner RB 6:50,2. 3. RB Regatta-Brig 6:57. — Gig-Vierer: 1. R. und RB Aufsig 3:39,2. 2. Dresdner RB 3:40,6. — Großer Einer: 1. Reifner RB Repton (Raiser) 8:04. 2. Dresdner RB (Schmidt) 8:19,2. — Zweiter Jungmann-Vierer: 1. RB Germania Leitmeritz 7:35,4. 2. Pirnaer RB 7:38,6. 3. RB Regatta-Brig 7:48,2. — Geh. Rat Jürgen-Achter: 1. Dresdner RB 6:38,2. 2. RB Germani- Leitmeritz 6:51. 3. Pirnaer RB 7:04,8. Doppelmehrer o. St.: 1. RB Dresden 7:35,8. 2. Reifner RB Repton 7:41,8. Dritter Vierer: 1. RB Riesa 7:26,4. 2. Dresdner RB 7:28,4. — Wendisch-Achter: 1. Breslauer RB 6:54,8. 2. Dresdner RB 6:42,6. 3. Dresdner RB 6:51,4. Abschluß-Vierer: 1. Universität Leipzig 7:15. 2. Laubegaster RB 7:51,6. 3. RB. Regatta Brig 7:54,4.

5. Sächsisches Landesturnfest

3mal 100-Meter-Staffel: Landesmeister: Turnverein 1847 Wurzen 8:46,8. — Weitsprung Turnerinnen: Landesmeister: Jchorn, TB Frankenberg, 4,78 Meter. — Schlagballweitwurf Turnerinnen: Landesmeister: Bach, TB Großsch. 60,17 Meter. — Steinwurf beidarmig Turner: Landesmeister Kraft, TB Buchholz, 16,96 Meter neue Kreisbestleistung. Dreisprung Turner: Landesmeister: Drechsel, TB Thalheim, 13,74 Meter. — 10 000-Meterlauf: Landesmeister: Köhler, TB Gröna, 35:41. — Speerwurf Turnerinnen: Landesmeister: Stener, TB Dresden, 30,50 Meter. — 200-

Meterlauf: Landesmeister: Caspar, TB Leipzig-Connewitz, 22,7 Sek. (neue Kreisbestleistung); — Diskuswurf bestarmig Turner: Landesmeister: Kraft, TB Buchholz, 36,07 Meter. Diskuswurf beidarmig Turner: Landesmeister: Jabel, TSB 1848 Leipzig-Gohlis, 62,49 Meter neue Kreisbestleistung. — Weitsprung Turner: Landesmeister: Caspar, TB Leipzig-Connewitz 1858, 6,67 Meter. — Kugelschoten Turner: Landesmeister: Kraft TB Buchholz, 23,78 Meter. — Diskuswurf Turnerinnen: Landesmeister: Saupe, TB Ruhdorf, 30,64 Meter. — 4mal400-Meter-Staffel: Landesmeister: Turnverein Guts Muths Dresden, 3 : 43,1. — Schleuderballwurf Turner: Landesmeister: Ihmm, TB Leipzig 1845, 58,60 Meter. — 400-Meterlauf der Turner: Landesmeister: Benneke, TB Dresden, 52,1. — 100-Meterlauf Turner: Landesmeister: Caspar, TB Leipzig-Connewitz, 11,0. — 100-Meterlauf Turnerinnen: Landesmeister: Tittel, TB Göppersdorf neue Kreisbestleistung. — Kugelstoß bestarmig Turner: Landesmeister: Kraft, TB Buchholz, 13,30 Meter. — Speerwurf bestarmig Turner: Landesmeister: Miersch, TB Chemnitz-Hilbersdorf, 49,58 Meter. — 1500-Meterlauf Turner: Landesmeister: Hüffel, TB Dresden, 4 : 21,5. — Steinstoß bestarmig Turner: Landesmeister: Kraft, TB Buchholz, 9,36 Meter. — 4mal100-Meter-Staffel Turner: Landesmeister: Verein für Leibesübungen Volkshilf Dresden 45,8. — 4mal100-Meter-Staffel Turnerinnen: Landesmeister: Allgemeiner Turnerin Leipzig 53,5. — Olympische Staffel Turner: Landesmeister: Turnverein Guts Muths Dresden 3 : 55,4. — 5000-Meter-Lauf Turner: Landesmeister: Gebhardt, TB Mittelsdorf, 16 : 07,4. — 110-Meter-Hürdenlauf Turner: Landesmeister: Ihmm, TB Leipzig 1845, 16,9. — Stadthochsprung Turner: Landesmeister: Lübel, TB Kirchhau, 3,425 Meter. — Hochsprung Turner: Landesmeister: Borchhöft, TB Limbach Sa., 1,825 Meter.

Handel und Börse

♦ **Dresdner Börse vom 15. Juli.** Die Dresdner Börse hatte nur wenig Geschäft. In nennenswerten Umsätzen kam es nur in Schubert und Sa., die sich 3,25 Prozent erhöhten. Leipziger Hypothekbank plus 3,5 Prozent, Vereinigte Photo plus 6, Reichsbank und Sächsische Bodenkredit je plus 2 Prozent, Zeitton plus 2,5 Prozent, Sörnewitz, die am 10. Juli 35 Prozent genannt worden waren, notierten heute nur 25 Prozent. Strohhoff minus 3, Polyphon minus 2,5, Mimosa minus 4 und Triton minus 2,5 Prozent.

♦ **Leipziger Börse vom 15. Juli.** Mit Ausnahme der führenden Werte, die sich auf etwas gebesserten Umsatz beschränken konnten, lag der Aktienmarkt uneinheitlich, wenn auch die Grundstimmung nicht unfreundlich war. Im allgemeinen blieben die Ausschläge unter 1,5 Prozent. — Währenswert sind nur Polyphon plus 4 und Zittauer Mechanische minus 2,25 Prozent. Am Anlaßmarkt hielt das Interesse für Goldpfandbriefe und Stadtanleihen an. Freiverkehr unverändert.

100 Millionen Mark Ausfuhrüberschuss im Juni.

Der deutsche Außenhandel schließt im Juni mit einem Ausfuhrüberschuss von 100 Millionen Mark ab. Die Einfuhr (513,6 Millionen Mark) ist derjenigen im Mai nahezu gleich geblieben. Die Ausfuhr (610,2 Millionen Mark) hat dagegen um 186,3 Millionen Mark abgenommen; der Rückgang ist zum erheblichen Teil jahreszeitlich zu erklären, auch in früheren Jahren brachte der Juni regelmäßig einen größeren Rückgang

der Ausfuhr. Der Anteil der Reparationsfachlieferungen an der Ausfuhr beträgt 51,8 Millionen gegen 78,8 Millionen Mark im Monat Mai.

An dem Rückgang der Ausfuhr sind mit Ausnahme der Lebensmittel und Getränke sämtliche Warengruppen beteiligt. 76 % des Rückganges entfallen auf die Fertigwaren, deren Absatz sich gegenüber dem Vormonat um 143,3 Millionen Mark vermindert hat. In größerem Umfang abgenommen hat die Ausfuhr von Textilfertigwaren (minus 25,3 Millionen Mark), von Wasserfahrzeugen (minus 2,4) und von Walzwerkzeugen, nissen und sonstigen Eisenwaren (minus 19,3 Millionen Mark).

Berliner Effektenbörse

Zu Beginn der Dienstagbörse machte sich im Hinblick auf die zu erwartenden Ereignisse im Reichstag größte Zurückhaltung bemerkbar. Allenfalls traten Abbröckelungen der Kurse zwischen 1 und 3 Punkten ein. Da sich auch die Spekulation mit Abgaben beteiligte, konnten sich die günstigeren Momente, wie die feste Haltung der New Yorker Börse, nicht durchsetzen, und die Außenhandelsbilanz konnte natürlich auch nicht anregen. So erhielt sich auch im Verlauf die schwächere Tendenz, wobei einige der am Vortage kräftig erhaltenen Werte nicht unbeträchtlich zurückgingen, so vor allem Salzdevisen, die auf 363 (—6) nachgaben. Erst zu den Kassaturgen zeigte sich wieder eine kleine Erholung. Gegen Schluss hielt sich das Geschäft in engeren Grenzen, und die Kurse waren nur wenig verändert.

Am Geldmarkt waren die Großbanken mit ihrem Angebot infolge der am Medio zu bewältigenden Zahlungen noch immer zurückhaltend, so daß sich der Satz für Tagesgeld unverändert auf 4 bis 6 %, für Monatsgeld auf 4,50 bis 5,75 % stellte.

Am Devisenmarkt notierte der Dollar amtlich mit 4,1890 und das Pfund mit 20,33.

Berliner Produktenbörse

Bei der Berliner Produktenbörse vom Dienstag zeigte sich weiterhin bei kleinem Geschäft eine feste Haltung. Wegen des unbeständigen Wetters machte sich starke Zurückhaltung der Landwirtschaft bemerkbar. Demgegenüber boten höhere Notierungen vom Ausland her sowie die Belebung am Weizenmarkt für das Herbstgeschäft einige Anregung. Am Markt der handelsgerichtlichen Lieferungsgefächte waren die Weizennotierungen um 2,50 bis 3 Mark, die Roggennotierungen um etwa 1,50 Mark fester. Sehr fest blieb Hafer. In Weizenmehl war das Geschäft für Herbstlieferungen etwas reger und die Preise höher. Das Promptgeschäft jedoch lag weiter still.

Notierungen:

Weizen ab märk. Station		Roggenkleie fr. Berlin	
Roggen do.	172—177	Weizenkl.-Relasse	10,00—10,60
Braugerste do.	170—190	Raps	—
Futter- u. Ind.-Gerste do.	—	Leinsoat	—
Hafer do.	172—180	Viktoriaerbsen	26,00—30,00
Mais loco Berlin	—	kl. Speiseerbsen	23,00—27,00
Waggr. Hbg.	—	Futtererbsen	19,00—20,00
Weizenmehl p. 100	—	Belaufchten	22,00—23,50
Kilo fr. Berlin	—	Ackerbohnen	17,00—18,50
br. infl. Sack	—	Wicken	20,00—23,50
(feinste Marke üb. Notiz)	32,50—40,25	Lupinen, blaue	19,00—20,00
Roggenmehl p. 100	—	Lupinen, gelbe	23,50—25,50
Kilo fr. Berlin	—	Serabella, neu	—
br. infl. Sack	23,00—25,50	Rapskuchen, 38%	10,60—11,60
Weizenkleie fr. Berlin	10,50—11,00	Leinkuchen, 37%	15,80—16,50
		Trockenschnitzel	8,50—9,25
		Soya-Schrot, 45%	14,00—15,10
		Kartoffelkoden	16,00—16,60

17. Juli

Sonnenaufgang 4.2 Sonnenuntergang 20.9
Mondaufgang 22.51 Monduntergang 10.54

1787! Der Industrielle Friedrich Krupp in Essen geb. (gest. 1826). — 1860: Die Schriftstellerin Klara Wiebig in Trier geb. — 1924: Der italienische Politiker Ricciotti Garibaldi in Rom gest. (geb. 1847).



Rundfunkprogramm für Donnerstag, den 17. Juli
Leipzig und Dresden.

10,00 Wirtschaftsnachrichten; 10,05 Wetterdienst und Verkehrsfunf; 10,20 Bekanntgabe des Tagesprogramms; 10,25 Was die Zeitung bringt; 11,00 Werbenachrichten außerhalb des Programms; 11,45 Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen; 12,00 Schallplatten; 12,55 Rauener Zeitzeichen; 13,00 Wettervorauslage Presse- und Börsenbericht; anschließend Tonklimmuff; 14,00—15,40 Hörbericht aus Bad Ems; 15,00 Kinderspielstunde in Bad Ems; 15,40 Wirtschaftsnachrichten; 16,00—17,40 Konzert; 17,55 Wirtschaftsnachrichten; 18,00 Dr. Kurt Schabendorf, Dresden, „Einfluß des Klimas auf die Erholung“; 18,20 Wettervorauslage und Zeitangabe; 18,25 Spanisch; 18,45 Steuerrundfunk; 19,00 Hugo Köber, Leipzig, Schrebergärten und Arbeiterschaft“; 19,30 Bunte Musik; 21,00 Zu Clara Wiebig 70. Geburtstag, Vorlesung aus ihren Werken; 21,50 Bandonion-Konzert; 22,20 Funfhilfe, Zeitangabe, Wettervorauslage, Pressebericht und Sportfunf; anschließend Funfhilfe.

Berlin—Stettin—Magdeburg.

6,30: Funf-Gymnastik. — Anschließend bis 8,15: Frühkonzert. — 12,30: Die Viertelstunde für den Landwirt. — 14,00: Aus „Losca“, Lustdrama in drei Akten von Giacomo Puccini (Schallplatten-Konzert). — 15,20: „Flüßiges Obst“. — 15,40: „Der Ausgleich zwischen überlieferter und moderner Musik“. — 16,05: Konzert. — Als Einlage: „Die Nachtigall“, Hans Christian von Andersen mit melodramatischer Musik von Arnold Winterhik. Käthe Grober (Rezitation) und Marie Bergweim (Flügel). — 17,30: „Parlamentarische Untersuchungsausschüsse“. — 17,55: Jugendstunde. Septimen-Aktorde. — 18,20: Clara Wiebig zum 70. Geburtstag. — 18,50: Chorgesänge. R.G.B.-Doppelquartett 1924 Berlin-Spandau. — 19,15: Musikalisches Magazin. — 20,00: Wo von man spricht. — 20,30: Aus Operetten. — Anschließend: Zeitangabe usw. — Danach bis 0,30: Langmusik (Kapelle Robert Baden).

Königswusterhausen.

5,50: Wetterbericht. — 6,30: Funf-Gymnastik. — 6,55: Wetterbericht. — 7,00: Frühkonzert. — 10,30: Neueste Nachrichten. — 10,35: Mitteilungen des Verbandes der Preuß. Landgemeinden. — 12,00: Schallplatten-Konzert. — 12,25: Wetterbericht für die Landwirtschaft. — 13,30: Neueste Nachrichten. — 14,00: Schallplatten-Konzert. — 15,00: Deutsch für Ausländer. — 15,30: Wetter- und Börsenbericht. — 16,00: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin. — 17,30: Die feierkundlichen Grundlagen aller Bildungsarbeit an der Volkshochschule. — 18,00: Das Deutschtum in Bessarabien. — 18,30: Russische Musik im Spiele russischer Kultur. — 19,00: Palästina vor 20 Jahren und heute. — 19,25: Das Reichsmilchgesetz im Reichstag. — 19,55: Wetterbericht. — 20,00: Wo von man spricht. — 20,30: Aus Operetten. Das Berliner Sinfonie-Orchester. — Anschließend: Berliner Programm.

Der Herr von Chicago

46. Fortsetzung

„Ja. Aber ich habe Sie einmal gestört. Ein zweites Mal nicht wieder. Die Sache ist wichtig.“

„Kann ich mir denken. Berichten Sie, lieber George.“

„Sie haben einen Gast da?“

Des Gouverneurs Antlitz verzog sich zu einer Grimasse.

„Ja. Den Minister Henderlon. Sie wissen ja davon.“

„Hab es erfahren. Wird allerhand kolportiert. Wenn ich richtig tagiere, wird Mr. Henderlon, der ja die Prohibition in seinem Ressort hat, Ihnen wegen der Aufhebung der Prohibitions-polizei aufs Leder gekniet sein.“

„Stimmt, und nicht zu knapp. Man ahnt schon, was dahintersteckt. Die Herrschaften sind schlauer als wir denken.“

„Sollen Sie es ahnen!“ entgegnete George ruhig. „Was tuts? In einigen Wochen wird Chicago doch wissen, daß ich die Prohibition nicht mehr schütze, daß ich den Bootleggers nicht mehr nachspüre.“

Der Gouverneur sah ihn lächelnd an und zwinkerte.

„Jetzt kommen Sie mal zur Sache. Sie haben etwas Besonderes geschafft. Ich sehe es Ihnen an. Ich kenne doch das Funkeln Ihrer Augen. Das verrät soviel Befriedigung.“

„Sie tagieren richtig, hören Sie mich an, Herr Gouverneur. Was ich Ihnen jetzt und künftig künde, das darf nicht mit einer Andeutung einem dritten gegenüber erwähnt werden, weder direkt noch indirekt, denn sonst ist die Ausrottung des Chicagoer Berufsverbrechertums unmöglich.“

„Mein Wort Woodland kann schweigen.“

„So hören Sie, Mr. Woodland: Ich hatte doch freete, den Banknotenfälscher, fest.“

„Der im Krankenhaus gestorben ist?“

„Ja. Wir fanden unter seinen Utensilien eine Speisekarte von Eden. Sie kennen das Etablissement? Gut! Ich habi daraufhin als Mr. Roggens Eden gekauft, denn freetes letzte Aeußerung im Todeskampf wies uns nach dem Lokal. Und ich habe nun festgestellt, daß die Verbrecherwelt unter dem Namen Brüder vom ewigen Leben in einem schallidich abgeschlossenen Clubzimmer regelmäßig Sitzungen abhält.“

„Nicht möglich!“ sagte Mr. Woodland aufgeregt. „Das haben Sie festgestellt?“

„Ja, sogar noch etwas weiter. Wir haben die heutige Sitzung belauscht und auf Platten gebracht. Haben Sie ein Grammophon im Hause, damit ich Ihnen diese Platten vorspielen darf?“

Mr. Woodland starrte George verständnislos an.

„Ja, wie haben Sie denn das fertiggebracht?“

„Wir haben in die Clubzimmer und in die Nischen Mikrophone eingebaut und können abhören und auf die Platten bannen, was uns behagt.“

Nun stand Mr. Woodland auf und ging erregt im Zimmer hin und her.

„Das... das ist also der neue Weg, den Sie gehen?“

„Ja.“

„Ein gefährlicher Weg, der die ganze öffentliche Meinung gegen Sie aufputschen wird.“

„Wenn man es erfährt. Ja, gefährlich ist alles.“

„Sie haben recht, ohne Strupel kommen Sie nicht durch.“

„Doch jetzt kommen Sie in mein Schlafzimmer. Dort habe ich einen kleinen hübschen Apparat, und da kann ich die Platten anhören.“

Mr. Woodland war sprachlos, als die Platten die Sitzung naturgetreu wiedergaben.

„Mr. George, es ist gut! Wir gehen zusammen durch die und dünn. Ich werde morgen dem Minister ganz höflich sagen, daß er sich in die inneren Angelegenheiten des Staates Illinois nicht einmischen soll. Verstanden! Das wird zwar böses Blut in Washington machen, und eine weitere Intervention wird folgen, aber wir gewinnen Zeit. Darauf kommt es schließlich an.“

„Ja!“ sagte George. „Das macht es aus, Mr. Woodland. Ich lasse die Platten bei Ihnen. Keiner wird sie hier suchen.“

„Einverstanden. Und die folgenden Platten?“

„Kommen alle zu Ihnen. Wundern Sie sich nicht, wenn ich Ihnen in nächster Zeit öfters Torten zufende. Sie werden um den Inhalt wissen.“

Mr. Woodland lachte. „Gute Idee! Packen Sie hin und wieder ruhig eine Torten mit ein. Ich bin auch kein Kostverächter.“

Fünf Minuten später rollte George-Maggens nach Eden zurück.

Am nächsten Morgen war Mr. Maggens, der Wirt, nicht da.

Irving erwartete ihn vergebens.

Plötzlich rief ihn Mr. Tuller an und sagte nur kurz: „Mr. Maggens ist verreckt. Er wird in zwei Tagen wieder da sein.“

Irving war beruhigt und teilte es den einzelnen Stellen mit.

Es gab im Unternehmen keinen sogenannten Vizechef oder Geschäftsführer. Mr. Hugenbroek hatte eine so prachtvolle Gesundheit gehabt, daß er es nicht einen einzigen Tag nötig hatte, dem Geschäft fernzubleiben und sich vertreten zu lassen.

George-Maggens hatte auch noch nicht an das Engagement eines Geschäftsführers gedacht.

Die Kellner wandten sich drum an Irving mit der Bitte, den Bosh zu vertreten. Irving war einverstanden und machte für den Bosh die Honneurs.

Der Tag war ruhig.

Gegen die dritte Stunde aber kam Mr. Ostot in Begleitung einer Dame, die nach ihrem ganzen Auftreten schließen, der ganz großen Welt angehörte.

Sie nahmen beide in einer Nische Platz.

Irving setzte sich sofort mit dem Lauscherzimmer in Verbindung.

„Nische vier einschalten!“

Beide hatten ihre Garderobe nicht abgegeben.

Irving, der sich anschickte, ihre Bedienung zu übernehmen, fragte devot: „Darf ich die Garderobe der Herrschaften erledigen?“

Die Dame entkleidete sich daraufhin schweigend ihres Pelzmantels. Auch Mr. Ostot zog seinen pelzbesetzte Paletot aus.

Irving sah mit raschem Blick ein Bündel Briefe in der inneren Paletottasche des Ueberziehers.

Im Bruchteil einer Sekunde hatte er sich alles zusammen gereimt.

Während er die beiden Ueberkleider über den Arm legte, ließ er das Bündelchen mit den Briefen herausrutschen. Er sah, daß die Briefe von einer Dame geschrieben waren, und reichte das Bündel mit tiefer Verbeugung der Dame.

„Gnädige Frau, aus Ihrem Mantel ist dieses Bündelchen gefallen. Vielleicht nehmen es gnädige Frau an sich.“

Mr. Ostot sah einen Augenblick wie versteinert.

Dann wollte er aufspringen, wollte sagen, daß die Briefe ihm gehörten, aber die Dame hielt die Briefe schon in der Hand. Mr. Ostot sah ihr an, daß sie die Briefe nie wieder hergab.

Ein Skandal wäre die unausbleibliche Folge gewesen. Und er fand sich in die Situation.

Die Dame aber hatte sich erhoben, das Bündel Briefe fest an sich gepreßt, und rief Irving zurück.

„Bitte, meinen Mantel wieder. Ich muß rasch wieder weg.“

Irving half ihr mit dem denkbar ruhigsten Gesicht von der Welt in den Mantel.

Die Dame warf ihm einen grenzenlos dankbaren Blick zu den Irving mit dem größten Erstaunen beantwortete. Er spielte seine Rolle musterhaft.

Er fühlte zwar, wie Mr. Ostots Auge auf ihm lag und nicht von ihm abließ, aber er blieb ganz ruhig. Als die Dame fort war, wandte er sich mit dem lebenswürdigsten Gesicht zu Mr. Ostot und fragte demütig: „Haben der Herr gewählt?“

Mr. Ostot sah ihn erbittert an, dann aber lachte er auf.

„Sie sind ein Tausendfasser! Meine Briefe geben Sie der Dame!“

Irving tat grenzenlos erstaunt. „Ihre Briefe, Sir? Ich verstehe nicht. Die Dame hat sie doch reklamiert.“

„Warum haben Sie nichts dagegen gesagt? Ich... ich bedaure ungemein, aber... das ist mir furchtbar fatal!“

Mr. Ostot schien wieder ruhig geworden zu sein.

„Behl!“ rief er zwischen den Zähnen. „Gut! Sie konnten nicht dafür. Warum muß ich auch wichtige Dokumente in den Paletot stecken. Bringen Sie mir eine Limonade.“

Der Kellner verbeugte sich tief. „Doch... vierzigprozentig wie Sie es gewöhnt sind, Sir?“

Mr. Ostot nickte gleichmütig.

George war wieder auf dem Polizeipräsidium.

Er wartete auf eine Nachricht von Irving.

Um elf Uhr kam sie.

George atmete auf. Es war dem wackeren Kriminalisten gelungen, Etta Holt in Sicherheit zu bringen.

Das war also programmäßig gegangen.

Gegen halb zwölf Uhr rief Bennis an und teilte ihm in größter Erregung mit, daß Kramer spurlos verschwunden sei.

George raste sofort nach Mac Millans Berken und fand das ganze Büro in der größten Erregung.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Heimat

Halbmonats-Beilage zur „Weißeritz-Zeitung“

Amtschirurgus Carl David Kiebsch und die Kiebsch-Stiftung in Dippoldiswalde.

Zu den wenigen gemeinnützigen Stiftungen, die ihren Vermögensbestand unvermindert auch über die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen des Weltkrieges hinaus behalten haben, gehört auch die Kiebsch-Stiftung in Dippoldiswalde.

Mehr als ein Jahrhundert liegt ihre Entstehung zurück, aber selbst unter den ältesten Einwohnern sind noch viele, die Wesen und Zweck der Stiftung nicht kennen. Es soll deshalb Aufgabe dieser auf Grund vorhandener Unterlagen gefertigten Aufzeichnungen sein, nach Möglichkeit über den Stifter und die Begründung seiner Stiftung Aufschluß zu geben und damit der heutigen Generation das Leben und Wirken eines Mannes vor Augen zu führen, der in besonders hervorragender Weise sich um die Stadt Dippoldiswalde verdient gemacht hat.

Der Errichter der Kiebsch-Stiftung war, wie schon die Ueberschrift erkennen läßt, der verpflichtete Amtschirurgus Carl David Kiebsch, der von 1783 bis zu seinem im Jahre 1839 erfolgten Tode hier in Dippoldiswalde als Wundarzt und Geburtshelfer wirkte. Am 12. März 1762 zu Radeberg als Sohn des Licitaten der Medizin und Apothekers Kiebsch geboren, kam Carl David Kiebsch mit 14 Jahren als Lehrling zu dem Dippoldiswalder Badereibesitzer und Wundarzt Braune, erwarb sich dann in Wittenberg Kenntnisse in den medizinischen Vorbereitungswissenschaften, hörte später noch Vorträge bei dem damaligen Sanitäts-Collegio in Dresden und wurde 1783, nachdem er sein Wundarztexamen wohl bestanden hatte, als Wundarzt zu Dippoldiswalde legitimiert. Hier erwarb er, zunächst pachtweise, später aber durch Ankauf, das mit den Badereigerechtigten belehnte, in der Badergasse gelegene und jetzt noch vorhandene Haus (Nr. 36) seines Lehrherrn, in dem er bis zu seinem Lebensende gewohnt hat.

1784 verheiratete sich Kiebsch mit Rosine Dorothee Jungnickel, von welcher ihm 4 Kinder geboren wurden. Zwei dieser Kinder verstarben schon im frühesten Kindesalter, die beiden anderen ebenfalls noch zu Lebzeiten der Eltern. Ein Sohn, der sich auf der Fürstenschule zu Meissen befand, wurde dort 1807 das Opfer einer schweren Scharlach-Epidemie, das letzte Kind, eine Tochter, war mit dem Amtsphysikus Dr. Neumann in Klingenberg verheiratet und starb kinderlos nach mehrjährigem Leiden am 25. Juni 1830 „früh beim Beginn der Jubelfeier der Augsburgischen Konfession“, wie in den vorhandenen Mitteilungen niedergeschrieben worden ist. Direkte Nachkommen hat also der Stifter nicht hinterlassen.

Auch die zwei Schwestern des Stifters sind dem Bruder im Tode vorausgegangen. Die ältere, Salome, verheiratet an Christian Ehrenfried Schneider, Kantor und Organist in Schandau, verstarb 1805, die andere, Caroline, verehelicht mit dem Hofgärtner Donner in Uebigau, 1813.

Am 15. Oktober 1784 war K. als Wundarzt für das Amt Dippoldiswalde und am 22. September 1798 als Bergchirurg für die Berggebäude zu Dippoldiswalde und des umliegenden Reviers verpflichtet worden. Als er sich schon als Wundarzt hier niedergelassen und seine Praxis aufgenommen hatte, studierte K. in Dresden noch die geburtshilflichen Wissenschaften, ohne seine Praxis aufzugeben. Zu diesem Zwecke mußte er sich in dieser Zeit oft zweimal des Tages zu Fuß oder zu Pferd nach Dresden begeben und auch wieder von dort zurückkehren.

Die vorstehenden Mitteilungen über die persönlichen Verhältnisse des Stifters sind einem demselben nach seinem Tode gewidmeten Nekrolog entnommen, der sich in den Nummern 16 und 17 der „Mitteilungen von und für Dippoldiswalde und Umg.“ aus dem Jahre 1839 (der jetzigen Weißeritz-Zeitung) abgedruckt befindet. In dieser Lebensbeschreibung wird vor allem gerühmt, daß sich der Verstorbene durch eine ungemeine Freundlichkeit, Leutseligkeit, Opferfreudigkeit und — namentlich als geschickter, erfahrener Geburtshelfer — durch Ausdauer und Treue im Berufe, die ihn weder Stürme noch Gewitter scheuen ließ, auszeichnete. Schon im Eingange ist gesagt, daß mit ihm nicht nur ein hochverdienter Arzt und Geburtshelfer, sondern auch ein bei Hohen und Niederen angesehenener Mann dahingeshieden sei, der sich seinen Mitmenschen bis zum letzten Atemzuge uneigennützig und unverdrossen widmete. —

Güte und warmherzige Menschenfreundlichkeit atmen auch die letztwilligen Verfügungen des hochverdienten Mannes, wiewohl schon gleich nach der Eröffnung des Testaments — wie später noch besonders erwähnt werden wird — eine recht erhebliche Kritik der getroffenen Anordnungen einsetzte.

Das umfassende, bis in die kleinsten Einzelheiten alles ordnende Testament vom 24. Februar 1823 bestimmt die Ehefrau als Universalerin des gesamten Nachlasses mit der Maßgabe, daß nach deren Ableben die vorhandenen Gebäude nebst Gärten dem Pflegesohn der verstorbenen Tochter (Frau D. Neumann) namens Eduard Poppe zufallen, die vorhandenen Felder und Wiesen, die zu einem unveräußerlichen Fideikommiss vereinigt worden waren, aber nach Auszahlung von 7 Legaten an Nessen und Nichten usw. des Erblassers und seiner Gattin das Grundvermögen einer Stiftung bilden sollten.

Hinsichtlich der Stiftung enthält das Testament u. a. folgende Bestimmungen:

„Wenn sie (die Nessen, Nichten usw.) der Reihe nach dieses Vermächtniß genossen haben, erhält der Pflegesohn meiner verstorbenen Tochter, der verehel. gewesenen Frau D. Neumann, Namens Eduard Poppe, ebenfalls Einen einjährigen Betrag der Pachtgelder. Hierauf nimmt, wenn gleich die Nessen und Nichten sowie Poppe noch nicht verstorben sein sollten, folgende

ihren
auch
gelde

3 w e
von
Rath
ihren
aufzu
alle
entge
seyn
die t
hiesig
stehen

Merz
gewä

Dipp
100
zeit
Arms
Stift

Wies
minif
U u

statu
Ausf
Sitte
halt
müsse
seyn,
wozu
der
nen,
Meis
geme

welch
deren
gelass

Verla
bensj

milde Stiftung

ihren Anfang. Nämlich es werden die Feld- und Wiesengrundstücken auch fortbin in der oben vorgeschriebenen Weise verpachtet und die Pachtgelder folgendergestalt angewendet.

Es werden zuvörderst davon jährlich 100 Thaler zu Anstellung zweier ad praxin admittierter Aerzte angewendet. Beide müssen von unbescholtenen und sittlichen Lebenswandel seyn, werden von E. E. Rathe allhier gewählt und sind eidlich zu verpflichten, auch haben sie, von ihrer Verpflichtung an, ihren wesentlichen Wohnort in Dippoldiswalde aufzuschlagen. Jeder erhält jährlich 50 Thaler Gehalt, wofür der eine alle notorisch arme Kranke innerhalb der hiesigen Stadt Weichbild unentgeltlich zu bedienen hat, der andere hingegen, welcher ein Wundarzt seyn kann, jedoch Geburtshelfer seyn muß, sowohl alle notorisch arme, als die übrigen sich nicht im Wohlstande befindenden Mütter innerhalb der hiesigen Stadtweichbilde bei schweren Entbindungen unentgeltlich beizustehen, und, wo es nötig, solche künstlich zu entbinden hat.

Bei groben Vernachlässigungen ihrer Dienstpflicht können diese Aerzte von E. E. Stadtrate allhier abgesetzt und andere an ihre Stelle gewählt werden.

Dasern der obgedachte Eduard Poppe Medicin studiert und sich in Dippoldiswalde etabliert, soll selbiger die den beiden Aerzten ausgesetzten 100 Thaler, wenn er auch kein ausübender Geburtshelfer ist, auf Lebenszeit erhalten, dafür aber in der obgedachten Maße als Arzt den hiesigen Armen dienen. (Anmerkung: P. ist tatsächlich Mediziner und erster Stiftungsarzt geworden.)

Was von dem jährlichen Betrage der Pachtgelder für die Felder und Wiesen nach Abzug der 100 Thaler Honorar für die Aerzte und der Administrations- und Gerichtskosten der Stiftung übrig bleibt, ist zur Ausstattung dreier armer Mädchen zu verwenden.

Mit der Wahl dieser Mädchen und mit der Auszahlung dieser Ausstattung ist folgendermaßen zu verfahren. Nämlich es können zu dieser Ausstattung nur freileidige Mädchen und Jungfrauen von unbescholtenen Sitten, die wenigstens zur Zeit der Verlosung ihren wesentlichen Aufenthalt in dem Weichbilde der Stadt Dippoldiswalde haben, gelangen. Sie müssen Töchter hiesiger distinguirter Einwohner bürgerlichen Standes seyn, als geistlicher und anderer Gelehrten, Königl. und Ratsofficianten, wozu auch die Registratoren, Calculatoren, Canzlisten, Einnehmer und der Posthalter, nicht aber die Aufwärter, Boten und Visitatoren zu rechnen, Künstler und Professionisten, welche letztere jedoch Bürger und Meister allhier seyn müssen. Alle übrige, insbesondere auch die Töchter gemeiner Handarbeiter, sind ausgeschlossen.

Daß der Vater noch lebe, ist nicht erforderlich. Eine Jungfrau, welche bereits selbst ein Vermögen von mehr als 200 Thaler besitzt oder deren Vater ein wohlbemittelter Mann ist, kann nicht zur Verlosung zugelassen werden.

Jede der sich meldenden Jungfrauen muß an dem unten festgesetzten Verlosungstage in dem Alter vom erfüllten 18. bis zum erfüllten 30. Lebensjahre stehen usw. Nach Verfluß dieser Woche (Anmeldungswoche)

hat E. E. Stadtrath unter den sich gemeldeten Jungfrauen zwölf, die in die Verloosung treten sollen, auszuwählen und bei dieser Wahl vorzüglich erstlich auf die Waisen und dann auf die Aermsten Rücksicht zu nehmen. Die Verloosung findet alljährlich den Sonntag nach meinem Sterbetage (16. März) nach dem Vormittagsgottesdienste öffentlich auf dem Rathhause statt. Ist mein Sterbetag auf einen Sonntag, so findet die Verloosung an meinem Sterbetage statt usw. Zur Verloosung werden 12 Loose, nämlich 3 Treffer und 9 Nieten, gebraucht. — Für diejenigen 3 Jungfrauen, welche einen Treffer gezogen, sind die von der jährlichen Nutzung des Stiftungsfonds nach Abzug des Sostri und der Unkosten übrig verbleibenden Gelder zur Ausstattung bestimmt. Jede erhält davon ein Drittheil, welches jedoch erst am Trauungstage nach erfolgter Trauung, wenn sie sich auch erst nach dem 30. Lebensjahre oder auswärtig verhehlicht, ausgezahlt wird. Inzwischen bezieht die Jungfrau, so lange sie unbescholten bleibt, alljährlich die Zinsen davon bis an ihr Lebensende. Stirbt sie unverhehlicht, so fällt alsdann ihr Ausstattungsfonds der Stiftung anheim und wird, um die Stiftung zu vergrößern, sodann so bald als thunlich wieder ein Feld- oder Wiesengrundstück dafür angekauft. — Der Stadtrat wählt einen Vorsteher für die Administration des Fideicommisses und der milden Stiftung, der nicht nothwendig eine Magistratsperson seyn muß. — Der Vorsteher schreibt sich für seine sämtlichen Bemühungen mit Einschluß der Rechnungsablegung jährlich eine Remuneration von Fünf Thalern in der Rechnung in Ausgabe. Die Rechnung umfaßt jedesmal die Einnahmen und Ausgaben bis $\frac{1}{4}$ Jahr vor meinem Sterbetage auf ein Jahr lang und ist vom Stadtrathe zu prüfen. Zweifelhafte Fälle, welche sich bei dem Fideicommiss und der milden Stiftung ereignen und denen ich nicht selbst durch obige Dispositionen Vorkehrung getroffen habe, sind von E. E. Stadtrathe zu entscheiden. — Die Stiftung ist mit dem Namen:

„Stiftung des Amts-Chirurgen Kiebsch“
zu bezeichnen.“

Auffallend ist es, daß in dem Testament, das, wie schon oben gesagt, das Datum des 24. Februar 1823 trägt, also noch zu Lebzeiten der Tochter, Frau Dr. Neumann, errichtet wurde, diese nicht bedacht, sondern als bereits verstorben erwähnt ist, während ihr Ableben, wie oben auch schon bemerkt ist, erst im Jahre 1830 erfolgte. Sie starb nach mehrjährigem Leiden und der Vater mag wohl als Arzt schon lange vorausgesehen haben, daß ihn auch sein letztes Kind nicht überleben würde. Jedenfalls hat der Stiftungsgedanke von vornherein bestanden und wäre sicher auch durchgeführt worden, wenn die kinderlose Tochter auch nicht vor ihm gestorben wäre. Das geht daraus hervor, daß ihr bereits vor Errichtung des Testaments erhebliche Vermögensteile (Grundstücke) zugeschrieben worden sein müssen; denn bei ihrem Ableben hinterließ sie 15 Flurstücke und $\frac{1}{2}$ Scheune, die je zur Hälfte der Ehemann und die Eltern erbten.

(Fortsetzung folgt.)